Mittag-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus. In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Meseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Zweiundachtzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus. In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank".

Nr. 836.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Freitag, 28. November.

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1879.

Amtliches.

Berlin, 27. November. Der König hat geruht: dem Juwelier David Aron zu Königsberg i. Pr. das Prädikat eines Königlichen Hof-Lieferanten zu verleihen.

Der seitherige Kreiswundarzt Dr. Fielitz zu Lauchstädt ist zum Kreisphysikus des Kreises Querfurt ernannt worden.

Dem kommissarischen Kreisthierarzt Schubert zu Waldenburg ist, unter Entbindung von seinem gegenwärtigen Amte, die kommissarische Verwaltung der Kreisthierarzt-Stelle des Kreises Creuzburg O.-S. übertragen worden.

Der Baubeamte für den Baukreis Heiligenstadt, Kreisbaumeister Karl Dittmar ist von Langensalza nach Heiligenstadt versetzt worden.

Vom Landtage.

14. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 27. November. 11 Uhr. Am Ministertische v. Kameke, Bitter und mehrere Kommissarien.

Nach § 9 der Geschäftsordnung fungiren die drei Präsidenten in der ersten Session einer Legislaturperiode zunächst auf die Dauer von vier Wochen, nach deren Ablauf eine Neuwahl für die Dauer der Session erfolgen muß. Auf den Antrag Achenbach's werden die drei bisherigen Präsidenten v. Köller, v. Benda und v. Heereman durch Akklamation wiedergewählt.

Nachdem darauf 40 neu eingetretene, bisher noch nicht auf die Verfassung vereidigte Mitglieder vereidigt worden sind, folgt die erste Berathung des Entwurfs eines Ausführungsgesetzes zur deutschen Gebühren-Ordnung für Rechtsanwälte.

Das Haus überweist jedoch die Vorlage an die Justiz-Kommission.

Die Rechnungen der Kasse der Oberrechnungskammer für 1877—78 und die allgemeine Rechnung über den Staatshaushalt des Jahres 1876 werden der Rechnungskommission überwiesen. Alsdann wird die zweite Berathung des Etats, speziell des Etats der Verwaltung der direkten Steuern fortgesetzt.

Die Einnahme aus der Grundsteuer (40,155,000 Mark) wird bewilligt.

Zur Gebäudesteuer, 27,000,000 Mark, erklärt der Referent Kiesch ke, die Kommission habe aus dem vorgelegten Material den Erfolg der neuen Veranlagung nicht übersehen können; nach dem, was die Kommissions-Mitglieder aus eigener Wissenschaft mitgetheilt, sei anzunehmen, daß die Steigerung der Einnahmen das, was man im vorigen Jahre davon vorausgesagt, noch weit übertreffe und reichlich 30 bis 31 Proz. betrage, in Berlin 50 Proz. (Abg. Richter: Hört!), während die Regierungs-Kommissarien im vorigen Jahre noch bestritten hätten, daß die Steigerung 20 Proz. betragen würde. Die Regierungs-Kommissare hätten nun der Kommission eine Denkschrift über die Steigerung des Ertrages in den einzelnen Landestheilen versprochen. Bevor diese eingegangen, beantragt die Kommission von der Erörterung dieses Gegenstandes Abstand zu nehmen.

Abg. Röckerath: Der Ertrag der Gebäudesteuer ist seit 1868 von 13 Millionen auf 27 Millionen gestiegen. Ist diese Höhe von 1 Mark pro Kopf, also 6 Mark für die Familie, wirthschaftlich haltbar? Nach dem Gesetz ist der Nutzungswerth der Gebäude nach dem durchschnittlichen Miethspreis der letzten zehn Jahre zu bemessen. Der Minister v. Bodelschwingh interpretirte es in seiner Instruktion dahin, daß die wirklich gezahlten, nicht die bedungenen Miethspreise in Ansatz zu bringen waren. Bei der neuen Veranlagung sind den Einschätzungs-Kommissionen neue Grundsätze, datirt vom 1. Februar 1878 und von Camphausen unterzeichnet, zugestellt worden. Hier wird eine möglichst scharfe Einschätzung der städtischen und eine ziemlich wohlwollende der ländlichen Wohngebäude vorgeschrieben. Letztere dürfen durchaus nicht höher als in der sechsten Stufe eingeschätzt werden, selbst wenn ihr höherer Nutzungswerth unzweifelhaft ist. Unter Hobrecht wurden die Kommissionen angewiesen, nur von den bedungenen Miethspreisen auszugehen und wenn in einzelnen Monaten nicht vermiethet worden sei, für diese Zeit eine gleich hohe Miethssumme in Anschlag zu bringen. Ich wünsche, daß eine Abschrift dieser Instruktion dem Hause mit der versprochenen Denkschrift vorgelegt werde. Ich halte den Miethsertrag nicht für identisch mit den bedungenen Preisen, wenn auch nach dem Gesetz Ausfälle an der Miethe nicht zu berücksichtigen sind. Mehrere Kommissionen in Köln, deren einer ich angehörte, theilten dieses Bedenken, mußten sich aber dem Drucke der Regierung fügen, da diese eine Berichtigung von Amtswegen eintreten zu lassen drohte, wenn wider die Instruktion verfahren würde. Eine Steigerung von 50 pCt. wie in Berlin würde man in der Rheinprovinz noch mäßig finden; in Köln betrug sie 103 pCt. In Berlin beträgt die Wohnungssteuer 3½ Mark pro Kopf, in Köln 5 Mark. Das eine neue Veranlagung vorgenommen wurde, war ganz gut, sie durfte aber nicht zu einer so exorbitanten Erhöhung des Steuerertrages führen. Es ist sehr betrübend, daß unsere Hoffnungen auf eine, wenn auch nur theilweise Ueberweisung der Gebäudesteuer an die Kommunen durch die Programmrede des Finanzministers so herabgestimmt worden sind. Da die Schanksteuer glücklich beseitigt ist, sind wir auf das angewiesen, was wir aus den Ueberschüssen der Reich einnahmen erhalten. Daß dies zur Ueberweisung der Gebäudesteuer an die Kommunen oder zur Herabsetzung derselben verwendet werde, darauf müssen wir bestehen, sonst sägen wir den Ast ab, auf dem wir sitzen, denn unter dieser Voraussetzung sind die Reichssteuern bewilligt worden.

Abg. Richter: Die Nachrichten aus dem Lande, die uns von verschiedenen Seiten zugehen, sind allerdings so auffällig, daß wir wünschen müssen, die von der Regierung versprochene Denkschrift möglichst bald zu erhalten. Das Zentrum hat im Reichstag 130 Millionen neuer Steuern bewilligt, die vorzugsweise auf die minder wohlhabenden Klassen fallen. Der Vorredner findet die neue Besteuerung der Gebäudebesitzer bedenklich. Ich halte in diesen Zeiten die höhere Besteuerung weder der besitzenden noch der nichtbesitzenden Klassen für gerechtfertigt. Nicht nur die Wohnungssteuer, sondern auch die Besteuerung der Beleuchtung der Wohnungen, der vom Zentrum bewilligte Petroleumzoll wird sehr mißlich empfunden (Heiterkeit), namentlich in Bezug auf die kleineren Wohnungen. Sie wissen sehr wohl, die großen Wohnungen werden in Berlin wenig oder gar nicht besteuert; aber darum keine Feindschaft nicht (Heiterkeit), es braucht ja nicht in jeder Sitzung Feindschaft zu herrschen, obwohl wir an und für sich alte Gegensätze sind. Ich stehe in der Gebäudesteuerfrage auf meinem alten Standpunkte. Ich schlug im vorigen Jahre vor, die neue Veranlagung erst am 1. April ins Leben treten zu lassen, um hier noch eingehend erörtern zu können, ob die Gebäudesteuer nicht auf anderer Grundlage erhoben werden könnte. Vor zwei Jahren beantragte ich mit Unterstützung des Abg. Röckerath und mehrerer anderer Zentrumsmitglieder, aber ohne Erfolg, ein Gesetz, nach welchem durch die neue Veranlagung keine Erhöhung der Gebäudesteuer, sondern eine Herabsetzung des Prozentsatzes der Steuer nach Maßgabe der höheren Einschätzung eintreten sollte. Wir hätten dann jetzt nicht 4, sondern 3 Prozent des Miethwerthes zu erheben. Nun hat das Zentrum so viele neue Steuern bewilligt, daß es dadurch gewiß viel mehr Einfluß in Steuerfragen bei der Regierung gewonnen hat. Da Ihre Partei also Regierungspartei geworden ist (Heiterkeit, Widerspruch im Zentrum) — Sie werden ja noch etwas dilatorisch behandelt, aber Sie sind doch gewissermaßen schon zum Range und Titel der Regierungspartei avanzirt — so möchte ich Sie bitten, die Frage noch einmal ernsthaft ins Auge zu fassen, ob nicht auf Grundlage dieser Veranlagung zu einer andern Vertheilung der Gebäudesteuerlast zu kommen. Ich werde nicht eifersüchtig sein, wenn der Abg. Röckerath einen solchen Antrag einbringt. Eine Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunen hängt mit dieser Frage nicht zusammen; wenn sie diese so lange verschieben, so verweisen Sie sie sehr ad kalendas graecas, denn die Grundsteuersumme ist so hoch, daß jede Quote einer Ueberweisung von Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunen viel größere finanzielle Voraussetzungen hat, als wenn es sich um die Gebäudesteuer allein handelt. Die Grundsteuer ist seit 1865 dieselbe geblieben, hier aber handelt es sich um eine jetzt erst eintretende Erhöhung der Gebäudesteuer. Den Gebäudebesitzern ist viel weniger darum zu thun, in welche Kasse die höhere Gebäudesteuer zu zahlen ist, als daß sie überhaupt von derselben in jetziger Zeit befreit bleiben; denn, mag eine höhere Gebäudesteuer gerechtfertigt sein, so eignet sich doch kein Zeitpunkt dafür weniger als dieser. Wenn die Landwirthschaft klagt, so fallen doch auch die Miethen in den Städten, also der Ertrag der Gebäude. Wenn aus den neuen Steuern Einnahmen zu Steuererlassen übrig bleiben, dann muß, wie auch die Regierungsmotive sagen, der Erlaß alle Klassen treffen. Da die neuen Steuern vorzugsweise die minder wohlhabenden Klassen belasten, würde man es nicht verstehen, wenn die Steuererlasse in erster Reihe den besitzenden Klassen zukämen. Der Erlaß müßte also in erster Reihe die Klassen- und Einkommensteuer betreffen.

Abg. Jacobs (konservativ): Ich war lange genug Einschätzungskommissar zur Gebäudesteuer, um ein Urtheil über die Sache zu haben. Wenn die jetzige Einschätzungssumme die frühere bedeutend übersteigt, so ist das kein Beweis dafür, daß die jetzige zu hoch, sondern daß die frühere zu niedrig war. Auch möchte ich von der Regierung den Vorwurf abwenden, als ob sie auf die Erhöhung der Gebäudesteuer wesentlich hingewirkt habe. Speziell bemerke ich noch, daß dieselben Gründe, nach welchen den Deichverbänden die Grundsteuer erlassen ist, auch für den Erlaß der Gebäudesteuer für die Dienstgebäude der Deichbeamten sprechen. Eine gesetzliche Regelung dieser Exemtion wäre wünschenswerth.

Abg. Rickert: Auch in meiner Provinz sind bittere Beschwerden über ungerechtfertigte Erhöhung der Gebäudesteuer laut geworden. Wenn der Abg. Richter beklagt, daß der vor zwei Jahren von ihm und seinen Freunden eingebrachte Gesetzentwurf, der keine Erhöhung der Gebäudesteuerlast im Ganzen gebracht hätte, keinen Erfolg gehabt hat, so kann ich ihm erwidern, daß wir, die wir auf anderem Wege dasselbe erreichen wollten, ebenfalls in der Minorität geblieben sind. Ich bin dafür, die Sache noch in dieser Session einer gründlichen Erwägung zu unterziehen und muß um eine bestimmte Erklärung bitten, ob wir mit Sicherheit noch in diesem Jahre die in Aussicht gestellte Denkschrift erwarten können. Fällt die Antwort verneinend aus, dann müssen wir auf Grund des der Petitionskommission vorliegenden Materials mit einem selbstständigen Antrage vor das Haus treten. Erfolgt aber heute die gewünschte Erklärung, werden wir davon Abstand nehmen. Der Finanzminister wird die Ausarbeitung der Denkschrift wohl so beschleunigen, daß ihre Vorlage noch vor Jahresschluß erfolgen kann.

Finanzminister Bitter: Die Zusicherung, daß über die Gebäudesteuer, wie sie sich jetzt durch die Revision gestaltet hat, dem hohen Hause eine Denkschrift zugehen solle, ist von mir ohne irgend einen Druck ertheilt worden, weil ich es von Interesse und von besonderem Werth hielt, die Verhältnisse, unter denen die Gebäudesteuerrevision und die Erhöhung der Steuer stattfinden würden, näher kennen zu lernen. Die Denkschrift ist in Arbeit, es fehlen aber noch einige Materialien, zu deren Einsendung bis zum 15. Dezember die Behörden aufs Bestimmteste angewiesen sind und nach deren Eingang die Denkschrift unmittelbar abgeschlossen werden wird. Etwas Anderes vermag ich hier nicht zu sagen, und ich hoffe, der Herr Vorredner wird damit zufrieden sein, daß die Angelegenheit ihren festen und sicheren Gang geht und daß sie auf jede nur mögliche Weise beschleunigt werden soll; denn der Regierung selbst liegt viel daran. Es ist wiederholt gesagt worden, die Regierung habe auf alle mögliche Weise auf Erhöhung der Gebäudesteuer hingewirkt. Das ist nicht der Fall. Die stattgehabten Erhöhungen sind nach den vor meinem Amtsantritt ergangenen Instruktionen erfolgt. Ich bin aber, wie Jeder weiß, kein besonderer Freund davon, daß die Steuern bis auf das äußerste Maß in die Höhe getrieben werden. (Heiterkeit links.) Ich weiß nicht, m. H., was daran lächerlich ist. (Zustimmung rechts.) Das ist eine Erklärung, die ich mit voller Loyalität abgebe und die nach meiner Meinung nicht Veranlassung geben kann, darüber zu lachen. (Sehr wahr! rechts.) Nun, Jeder, der mich einigermaßen kennt und beurtheilen kann — für Diejenigen, die mich nicht beurtheilen können, kann ich natürlich nicht einstehen — weiß ganz bestimmt, daß ich kein Freund davon bin, daß die Steuern bis zur höchsten Höhe emporgeschraubt, sondern daß sie vernünftig, loyal und nach allen Seiten hin den Verhältnissen entsprechend veranlagt werden. Der Staat braucht die Steuern und muß verlangen, daß sie nach der Veranlagung gezahlt werden; die Veranlagung aber richtet sich nach den Verhältnissen des Landes. Es ist gesagt worden, die jetzige Zeit sei am wenigsten zu einer solchen Steuererhöhung geeignet gewesen; das mag an sich richtig sein. Aber ist diese Steuer denn spontan von der Staatsregierung ausgegangen? Das Gesetz hat die Revision angeordnet und auf Grund des Gesetzes ist sie erfolgt. Ueberhaupt sind die Steuererhöhungen keineswegs etwas Neues gewesen. Auf Grundlage der früheren Veranlagung hat die jetzige stattgefunden und durch die Beseitigung sehr erheblicher Mängel der früheren Veranlagung hat sich allerdings eine beträchtliche Steuererhöhung herausgestellt. Das Land kann eben die gesetzlich bestehenden Steuern nicht entbehren. Die von allen Seiten gestellten Ansprüche können nur erfüllt werden, wenn das Land die Eingänge hat, auf die es rechnen muß. Ich erkläre wiederholt, daß ich sehr gerne bereit sein werde, auf einen Theil der Grund- und Gebäudesteuer zu verzichten und ihn den Kommunalverbänden zu überweisen, sobald die Erträge aus den Zöllen und Reichssteuern die Staatsregierung dazu in den Stand setzen werden. Die vorzulegende Denkschrift wird Ihnen den Maßstab geben über das in der Frage zu fällende Urtheil. Es würde erwünscht sein, wenn die Denkschrift, deren Abfassung möglichst beschleunigt werden soll, abgewartet wird.

Abg. Dr. Petri: Darüber kann nicht zu streiten sein, daß die neue Gebäudesteuer nicht von der Willkür des Finanzministers abhängt; sie ist eben gesetzlich vorgeschrieben. Daß der Minister bei Einbringung und Anwendung des Gesetzes höchst loyal gehandelt hat, will ich ja auch gern glauben; ob aber auch seine Organe, ist eine andere Frage. Auch in meiner Heimath, namentlich in den Städten, werden Klagen laut über die Gebäudesteuerschraube bei der neuen Veranlagung. Diese Steuer wird gerade in meiner Heimath sehr schwer empfunden, namentlich in Nassau, wo die einzelnen Besitzer ihr Gesammtvermögen meist in Häusern angelegt haben. Wenn der Finanzminister erst das noch ausstehende Material behufs Vorlegung der Denkschrift abwarten will, so möchte ich dagegen bitten, uns lieber schon auf Grund des vorhandenen Materials zu informiren. Im ganzen Lande ist die Unzufriedenheit über den gegenwärtigen Zustand so groß, daß eine Beschleunigung der Abhülfe dringend nöthig erscheint.

Finanzminister Bitter wiederholt sein Versprechen, die Denkschrift schleunigst vorzulegen, und sollte das fehlende Material nicht rechtzeitig eingehen, auch ohne dieses, jedenfalls noch im Laufe dieser Session.

Abg. Berger: Als Vertreter meiner Provinz kann ich, ebenso wie mein Freund Petri für Nassau, für die Rheinprovinz und Westfalen versichern, daß dortselbst, und speziell in meinem Wohnorte und Wahlbezirke eine notorische Erbitterung über die Veranlagung zur Gebäudesteuer herrscht. Seit den 25 Jahren, die ich dem öffentlichen Leben angehöre, habe ich eine derartige Erregung und Erbitterung nicht erlebt, ich weiß nicht, ob das nur in meiner Gegend der Fall, ich glaube aber, die Beschwerden kommen aus dem ganzen Lande. (Zustimmung von allen Seiten.) Auch ich erkläre dem Herrn Finanzminister, Niemand zweifle an seinem guten Willen und seiner Loyalität; anders aber stehe es mit den Unterbeamten, die sich vielleicht dem Herrn Minister durch Steuererhöhung angenehm zu machen streben. Redner theilt nun einige Beispiele mit, so namentlich die Stadt Witten, wo die Gebäudesteuer von 18,000 auf 38,000 Mark erhöht worden zu einer Zeit, wo Handel und Gewerbe niederliegen; zur Gebäudesteuer kommen aber noch eine Masse anderer Steuern städtischer Natur, sodaß 5, 6, ja 700 Prozent Kommunalsteuern zu entrichten sind. Und das Alles zu einer Zeit, wo hier und im Reichstage über nichts weiter deklamirt wird, als über die Ermäßigung der direkten Steuern, die den Leuten versprochen ist. Die nächste Folge solcher Zustände ist das Darniederliegen jeder Bauthätigkeit; die Leute sagen sich, und nicht mit Unrecht, daß sie nicht indirekte Steuerempfänger für den Herrn Finanzminister sein wollen.

Abg. Windthorst: Auch in meiner Heimath sind viele Klagen laut geworden. Erst heute Morgen habe ich eine Darlegung über die Veranlagung der Gebäudesteuer im Kreise Lingen bekommen, welche Thatsachen anführt, die, wenn sie vollständig begründet sind, in der That energische Abhilfe erfordern. Ich hoffe, der Herr Finanzminister ist bereits im Besitze des betreffenden Materials und wir werden seinerzeit genügende Auskunft erhalten. Ich muß diese Gelegenheit benützen, um dem Abg. Richter zu erwidern. Herr Richter hat es sich anscheinend zur Aufgabe gestellt, in jedem seiner Vorträge diese oder jene Bemerkung zu machen, die der Fraktion unangenehm sein soll, der ich angehöre. Ich will ihn in diesem Bestreben nicht alteriren, möge er nur so fortfahren. Man wird dann so recht klar sehen, was an der Sache ist. Zunächst nannte er uns eine Regierungspartei. Das genirt uns gar nicht. Ich für meinen Theil wünsche nichts mehr, als daß ich in der Lage wäre, mit meinen Freunden die Regierungspartei zu sein. Was an mir liegt, wird geschehen, um das zu erreichen. Aber um das zu werden, sind noch Voraussetzungen zu erfüllen, die heute noch nicht erfüllt sind. Zunächst haben wir noch nicht eine so konservative Regierung, daß ich unbedenklich auf ihrer Seite stehen kann. (Sensation.) Dazu gehört eine Regierung, die entschlossen ist, mit voller Energie eine Revision der Dinge seit 1866 eintreten zu lassen. Von diesem Entschluß sehe ich noch nichts und sehe auch keine Partei, die geneigt wäre, die Regierung dazu aufzufordern. Für mich genügt es nicht, nur für die Regierung zu stimmen, als rechte Regierungspartei muß man auch Muth und Kraft haben, die Regierung auf den rechten Weg zu bringen, wenn sie noch nicht darauf ist. Dann hat Herr Richter wieder auf die Bewilligungen im Reichstage zurückgreifen zu müssen geglaubt und es so hingestellt, als ob wir diejenigen gewesen, welche die Reichstagsbeschlüsse herbeigeführt haben. Der Reichstag hat eben die Beschlüsse gefaßt und wir haben den meisten zugestimmt. (Gelächter.) Ihr Lachen scheint zu bedeuten, daß wir der Reichstag sind. Ich nehme dieses Kompliment für unsere große Bedeutung an. Uebrigens will ich im vollen Ernste von der uns aufgebürdeten Verantwortlichkeit nicht das Mindeste abwälzen. Ich bin vollständig überzeugt, daß wir das Richtige gethan haben und würde Alles, was geschehen ist, heute nochmals thun, ungeachtet der vielen Belehrungen, die Herr Richter, seine Freunde und seine Presse uns gegeben haben. Uebrigens ist die Behauptung, daß die Steuern wesentlich zu Ungunsten des armen Mannes beschlossen seien, tendenziös. Die Steuern treffen Alle gemeinsam und ein gut Theil der Steuern hat gerade den Zweck, die Arbeit zu fördern, den kleinen Leuten Arbeit zu geben, und ich antworte Herrn Richter, was mir hier in Berlin die Arbeiter gesagt haben: Schaffen Sie uns Arbeit, so werden wir die Pfennige für das Petroleum gern bezahlen! Was das Petroleum betrifft, so haben es die Petroleure nicht fehlen lassen an Invektiven; aber die Erhöhung des Petroleums ist einmal und hängt nicht mit dem Zoll zusammen, sondern mit der Spekulation in Amerika. Wir haben sogar Preise gehabt nach der Steuer die billiger waren als vorher. Sodann behauptet Herr Richter wiederholt — er glaubt wohl durch die Wiederholung den Glauben zu finden, den er sonst für seine Behauptungen nicht findet —, wir hätten 130 Millionen Mark neuer Steuern bewilligt. Die sorgfältigsten Berechnungen haben diese Summe nicht herausrechnen können; wir wollen abwarten, wie die Dinge sich gestalten, und werden sehr befriedigt sein, wenn die bewilligten Steuern so viel einbringen, dann wird unser Ziel, die Kommunen zu entlasten, um so eher erreicht werden.

Abg. Miquel: Natürlich hat der Minister bei der Revision der Gebäudesteuer nur seine Pflicht gethan, denn das Gesetz verlangte diese Revision. Aber allseitig ist man einverstanden darin, daß sie unter den denkbar ungünstigsten Umständen stattgefunden hat. Bei freier Entschließung hätte man sie kaum jetzt eintreten lassen. Die Staatsregierung erkennt jetzt an, daß nicht der Staat, sondern die Kommunen einen erheblichen Theil dieser Realsteuern erheben müßten. Die Anweisung des Ministeriums mußte darauf hinweisen, daß die untergeordneten Behörden keinenfalls die vom Gesetz gezogene Grenze überschreiten. In vielen Fällen haben aber die Unterbehörden in einer mit dem Gesetz kaum mehr zu vereinbarenden Weise die Tendenz verfolgt, den Steuerertrag in der schroffsten Weise bis auf die äußerste Spitze zu treiben. Wenn das wahr ist, was in einer Druckschrift aus dem Kreise Lingen berichtet wird, so hat da eine vollständig neue Veranlagung stattgefunden, während das Gesetz nur von einer Revision spricht, so daß man dahin kommen wird, die Revision in diesem Kreise nochmals vorzunehmen. Ein solches Verfahren ist gegen Sinn und Geist des Gesetzes und der Finanzminister wird hoffentlich den Beschwerden Gerechtigkeit widerfahren lassen. Einer gesetzlichen Nothwendigkeit unterwirft sich die Bevölkerung schweigend, aber die Anwendung des Gesetzes, der die Lage der Dinge widerstrebt, zumal wenn sie von den Behörden in übertriebener Weise auf die Spitze getrieben wird, ist es gerade, welche die Erbitterung in die Bevölkerung hineinwirft.

Abg. Grumbrecht bemerkt, daß die Beschwerde sich gerade darauf richte, daß man die Miethspreise, also den Rohertrag, nicht den Nutzungswerth als den Reinertrag der Gebäude angesehen und danach die Steuer berechnet habe.

Abg. Richter: Den Erlaß der direkten Steuern erwarten wir, wir werden aber noch lange darauf warten müssen. Die indirekten Steuern haben wir und hätten sie nicht, wenn nicht das Zentrum und die Konservativen im Reichstage die Mehrheit gebildet hätten. Daß die Zölle durch die Spekulation getragen werden, kann man doch angesichts der Preise, z. B. des Petroleum, welches neben der Preissteigerung, die es in Amerika erfahren hat, noch um den Zoll im Preise gestiegen, nicht mehr behaupten. Es mag ja wohl sein, daß ein reicher Mann mehr Petroleum braucht, als ein armer. (Rufe rechts: Zur Sache!) Wenn der Abg. Windthorst so viel über Petroleum sprechen kann, wird der Herr Präsident so gerecht sein, mich ebensoviel darauf erwidern zu lassen. Greifen Sie doch nicht so in das Amt Ihres eigenen Präsidenten ein. (Heiterkeit.) Niemand kann behaupten, daß der Petroleumverbrauch mit dem Einkommen wächst, deshalb drücken die neuen Steuern und Zölle stärker auf die minder leistungsfähigen Klassen, als auf die wohlhabenden. Wenn dann Herr Windthorst meinte, ein Arbeiter habe ihm gesagt, er wolle lieber ein Paar Pfennige mehr für Petroleum bezahlen, wenn er nur mehr Arbeit hätte, so ist die Sache nur die: er muß höhere Preise bezahlen und bekommt nicht mehr Arbeit. Ich begreife nicht, warum der Abg. Windthorst im Gegensatz zu dem klassischen Humor, den wir sonst an ihm bewundern, jetzt so gereizt und verdrießlich über jede kleine Bemerkung ist (Oho! im Zentrum) — einen so erregten Ton sind wir gar nicht gewohnt, er tritt uns sonst in liebenswürdiger, mehr humoristischer Weise entgegen. Es mag ja der Taktik des Zentrums entsprechen, jetzt ein ganz ruhiges Stillleben zu führen, es mag Ihnen unangenehm sein, wenn Sie gelegentlich durch eine Bemerkung aufgestört werden. (Rufe rechts: Zur Sache!) Greifen Sie doch Ihrem Präsidenten nicht vor.

Präsident v. Köller: Die Debatte hat sich daran geknüpft, daß eine Verminderung der Gebäudesteuer im Hinblick auf die Bewilligung der Zölle im Reichstage nöthig sei; deshalb habe ich diese Debatte bisher nicht gehindert und bitte den Redner nicht zu unterbrechen. (Beifall links.)

Abg. Richter (fortfahrend): Diese gelegentlichen Bemerkungen habe ich dem Abg. Windthorst abgelernt, dessen Schüler in der parlamentarischen Taktik ich bin, obgleich ich ja noch lange nicht seine Meisterschaft erreicht habe. (Sehr richtig! rechts. Heiterkeit.) Erinnern wir uns doch der Zeit, als er mit solchen gelegentlichen Bemerkungen die Nationalliberalen aufstörte, als sie noch lange nicht so weit waren, Regierungspartei zu werden, wie Sie. Was du nicht willst, daß dir geschieht, das thue auch den Nationalliberalen nicht. (Große Heiterkeit.) Uebrigens muß ich mich wundern, daß der Abg. Windthorst sich so auffallend als konservative Regierungspartei zur Verfügung stellt; er hat es doch gewissermaßen im Namen seiner Partei gethan. Es hat mich etwas auffallend berührt, daß namentlich die Mitglieder vom Rhein, die doch abgesehen von Kirchen- und Schulfragen manches Gemeinsame mit den Liberalen hatten, so einfach als konservativ hingestellt werden. (Zuruf des Abg. Röckerath.) Ja, wenn das nicht der Fall ist, so ist mir das lieb; ich habe Sie, Herr Röckerath, auch nicht so angesehen, aber die Erklärung des Abg. Windthorst ging doch dahin. Der Kollege Windthorst sollte mir doch aber dankbar sein, daß ich durch solche gelegentliche Bemerkung ihm Veranlassung gegeben habe, seine Erklärung hier feierlich abzugeben. Ich habe zu meiner Beruhigung daraus entnommen, daß die Herren unter einander noch nicht ganz einig sind; denn wenn das Zentrum und die Konservativen einig sind, dann giebt es noch mehr Steuern als wir schon haben. (Heiterkeit.)

Abg. Windthorst: Wenn die Konservativen wirklich mit uns einig wären, würde es positiv keine neuen Steuern geben (Sehr richtig! rechts), denn die Erfahrung lehrt, daß die ständischen Versammlungen und die konservativen Regierungen die sparsamsten sind. (Sehr wahr! rechts.) Hätten wir in den vergangenen Jahren eine konservative Regierung und ein konservatives Haus gehabt, so wären wir auf den jetzigen Stand nicht gekommen. Uebrigens kann ich dem verehrten Herrn sagen, daß meine Laune gar nicht sich geändert hat; ich bin ihm dankbar und jeder Zeit bereit, wenn er mir Gelegenheit zum Antworten giebt, aber ich fürchte, daß das Haus nicht immer die Geduld haben wird wie heute. Jedenfalls habe ich das Petroleum nicht in's Haus getragen. Wenn wir Regierungspartei wären, würden unsere Freunde auch in der Regierung sein. Das ist nicht der Fall; wenn dieser Fall aber eintreten sollte, würde der Abg. Richter, glaube ich, sehr zufrieden sein, wäre er es nicht, so würde dies eine Bestätigung dafür sein, daß wir auf dem richtigen Wege sind. Unzweifelhaft ist aber die Zentrumspartei eine konservativ basirte Fraktion: so fest konservativ, wie keine andere im Hause. (Widerspruch rechts.) Ja wohl, meine Herren, es kommt nur darauf an, was man unter konservativ versteht. Man darf nicht konservativ und ministeriell verwechseln, auch das Maß von Polizei ist nicht das Maß konservativer Gesinnung; allein die Institutionen sind das Merkmal, und wenn wir darüber reden, hoffe ich, daß die Herren als konservativ zu Haus sind. In dieser Hinsicht sind wir konservativ, ohne Unterschied, ob wir vom Rhein oder von der russischen Grenze sind. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Röckerath konstatirt, da Richter ihn speziell genannt habe, daß nach seiner Auffassung in der Zentrumspartei so viele wirklich staatserhaltende Elemente vereinigt seien, wie in keiner anderen; eine wirklich konservative Regierung würde er gern unterstützen, aber die gegenwärtige Regierung und die jetzt sogenannten konservativen Parteien seien nicht konservativ. (Widerspruch rechts.)

Die Gebäudesteuer wird genehmigt. Es folgen die klassifizirte Einkommensteuer 31,613,000 Mark und die Klassensteuer 41,441,000 Mark.

Abg. v. Meyer (Arnswalde): Das Zentrum hat sich für Schwurgerichte in Preßsachen und für Ministerverantwortlichkeit erklärt; das halten wir nicht für konservativ. (Zuruf links: das ist aber verfassungsmäßig!) Vor drei Jahren habe ich auch noch gesagt, der Finanzminister Camphausen drücke nicht auf die Steuerschraube; später habe ich es aber bemerkt, und es mag nur Zufall gewesen sein, daß ich es nicht früher bemerkt habe. Wenn jetzt die Steuerschraube wieder stark angezogen wird, so mache ich dem Minister daraus keinen Vorwurf; es wirken vielleicht noch die Camphausen'schen Traditionen nach. Bei der Einschätzung zur Klassen- und Einkommensteuer ist es eine übliche Methode, sich aus der Grundsteuer einfach den Einkommensteuer-Betrag auszurechnen; vielleicht weiß der jetzige Finanzminister noch nichts davon. Die Grundsteuer giebt noch gar nicht den Werth eines Gutes an, man kann daraus nicht ersehen, ob die Gebäude im guten oder im schlechten Zustande sind, ob eine Eisenbahn oder eine Chaussee in der Nähe ist, oder ob das Gut in der Hundetürkei liegt. (Heiterkeit.) Die Grundsteuer giebt nur dann einen Maßstab für das Einkommen, wenn man das Gut kennt, das ist aber bei den Regierungen gewöhnlich nicht der Fall und dann führt die Anwendung dieses Maßstabes zu bureaukratischen Entscheidungen und vielfachen Reklamationen. Sehr unangenehm und gehässig ist ferner die Verordnung, daß die Landräthe die Hypothekenbücher perlustriren müssen, um die Gläubiger an ihren Wohnorten als Kapitalisten zu denunziren; schon als diese Verordnung 1851 in Kraft gesetzt wurde, gestattete ich mir als Landrath — damals konnten ja die Landräthe noch ein freies Wort sprechen — darauf hinzuweisen, daß man diese gehässige Instruktion aufheben sollte, denn das würde den Hypothekarkredit ruiniren, oder wenigstens aus den Händen der Einzelgläubiger an die Sparkassen, Hypothekenbanken u. s. w. bringen. Darauf erhielt ich eine Verfügung, die man einen wohlkonditionirten Rüffel zu nennen pflegt. (Heiterkeit.) Diese Verfügung ist von dem Minister Camphausen wieder in Kraft gesetzt. Da aber der Hypothekarkredit fast gänzlich in den Händen der Aktiengesellschaften 2c. ist, so ist die Verfügung eigentlich unnütz und sollte beseitigt werden.

Abg. Rickert: Ich will auf den vom Abg. v. Meyer berührten Fall nicht eingehen, muß aber sagen: nach den Camphausen'schen Traditionen werden wir uns sehr bald lebhaft zurücksehnen. (Widerspruch rechts.) Ich bedauere, daß dieselben Herren, die früher nicht Lobes genug für Herrn Camphausen hatten, jetzt, da er nicht mehr am Ministertische sitzt, mit ihren Vorwürfen kommen. Der Abg. v. Meyer hat selbst gesagt, daß er früher die loyale Ausführung der Steuergesetze unter dem Minister Camphausen anerkannt habe und heute, da er nicht mehr im Amt ist, macht man ihm diese Vorwürfe! Die Verdienste des Ministers Camphausen um die Entwickelung des Landes werden unvergessen bleiben, auch wenn man heute über sie hinweggeht, ewig unvergessen vor Allem die Münzreform, an der Sie hoffentlich vergebens rütteln werden. (Lebhafte Zustimmung links.) Nach Herrn Windthorst sind die konservativen Regierungen immer die sparsamen und die liberalen machen die Steuererhöhungen. Hat man denn ganz vergessen, daß die neuen Steuern, die wir in Preußen haben, lediglich von konservativen Kammern und Ministerien herrühren? Man nenne doch einen Steuererlaß, der ihr Werk wäre! Den ersten Versuch mit Steuererlassen hat der liberale Minister Camphausen gemacht. Seitdem haben wir, wie es in dem Generalbericht der Budgetkommission niedergelegt ist, mehr als 35 Millionen Entlastungen gehabt, theils an die Provinzen, theils an die Kommunen abgegeben, theils sind auch einige drückende Steuern aufgehoben, zum Beispiel die Chausseesteuer. Welche Steuererlasse sind durch die Landrathskammern perfekt geworden? Man nenne sie! Aber eine Reihe von Steuern wurde seit 1850 durch die konservativen Ministerien beschlossen und eingeführt. Der Grund, weshalb ich mich zum Worte gemeldet habe, liegt in dem Wunsche, daß die Nachweisung über die Veranlagung der Klassen- und klassifizirten Einkommensteuer nicht mit in die Berathung des Etats hineingezogen werde. Ich möchte beantragen, diese Nachweisung der Budgetkommission zur Vorberathung zu überweisen. Schon vor 2 oder 3 Jahren sind wir wegen einer Vereinfachung der Veranlagung der Klassensteuer in Verhandlungen getreten, die nicht zum Abschluß gekommen sind. Im vorigen Jahre war die Budgetkommission so sehr mit anderen großen Arbeiten überlastet, daß sie zur weiteren Berathung der Angelegenheit nicht kam; hoffentlich gelingt es in dieser Session, die früher begonnenen Verhandlungen mit der Staatsregierung zu Ende zu führen. Es ist ja möglich, daß wir uns davon überzeugen, daß unter dem gegenwärtigen Klassensteuergesetz eine wesentliche Vereinfachung des Veranlagungssystems nicht zur Durchführung kommen kann, dann wäre es aber doch wünschenswerth, daß in der Budgetkommission unter Zuziehung und in Uebereinstimmung mit den Regierungsvertretern diejenigen Punkte speziell bezeichnet würden, auf deren Beseitigung es uns ankommen muß. Vielleicht kann die Kommission diesen Gegenstand in Verbindung mit dem Gesetzentwurf über die Verwendung der disponiblen Reichsmittel behandeln.

Abg. v. Meyer (Arnswalde): Ich habe dem Minister Camphausen häufig gegenüber gestanden, ihn aber stets als einen bedeutenden Finanzmann anerkannt und bin sehr verwundert gewesen, daß die Partei, welche ihn auf den Schild erhoben, ihn in so schmachvoller Weise hat fallen lassen. (Sehr richtig! rechts.) Daß ich mich an die Minister stets sehr wenig gekehrt habe und es mir stets nur um die Sache zu thun war, weiß Jeder.

Abg. v. Minnigerode: Nur wenige Worte der Erwiderung gegen den Herrn Abg. Rickert in Beziehung auf die Finanzpolitik dieser (der rechten) Seite des Hauses. Was zunächst Herrn Camphausen anbetrifft, so danken wir ihm die Kontingentirung, wir danken ihm die Konsolidirung und wir danken ihm die Etats, die jedenfalls mit sehr viel Luxus ausgestattet sind. Das ist der Dank, den die rechte Seite ihm schuldet. Wenn Herr Rickert weiter gesagt hat: wer hat denn außer jener Zeit Steuererlasse geschaffen? — nun, meine Herren, wodurch sind denn die Steuererlasse geschaffen worden? Dadurch, daß unsere siegreichen Waffen uns das Geld hergebracht haben und nicht durch die Künste des Finanzministers! (Sehr richtig! rechts.) Wenn Sie jetzt kommen und uns vorwerfen, daß wir gezwungen sind, gemeinsam mit dem Zentrum für neue Steuerquellen zu sorgen — meine Herren, wodurch waren wir gezwungen? Wir müssen Ihre Schulden bezahlen! (Beifall rechts. Oho! links.)

Abg. Richter: Als die Konservativen in die Majorität kamen, fing das Bewilligen neuer Steuern an. 1851 wurde die Klassen- und Einkommensteuer ausgeworfen: das Jahr 1852 verschaffte uns den Zeitungsstempel, 1853 die Eisenbahnabgabe, 1854 eine Erhöhung der Branntweinsteuer — dadurch unterscheiden sich die heutigen Konservativen von den damaligen, daß sie daran nicht rühren lassen (Heiterkeit) — und 25 Proz. Zuschlag zur Klassen- und Einkommensteuer für die Jahre 1854—57, dann 1857 die Steuer auf Aktiengesellschaften, dann 1859—1862 wieder Zuschläge zur Klassen- und Einkommensteuer erhoben, 1861 die Grundsteuer anders umgelegt und erhöht und die Gebäudesteuer . . . (Zuruf von rechts: Von den Konservativen?) Jawohl, von Hoverbeck, von Forckenbeck u. a., die damals im Hause saßen, haben dagegen gestimmt; auch ein kleiner Theil der Konservativen hat dagegen gestimmt; aber ohne die Konservativen und ihr konservatives Herrenhaus hätte die Grund- und Gebäudesteuer damals nicht durchdringen können. Seit 1862, wo eine liberale Mehrheit in diesem Hause hervortrat, bis jetzt zur Entwickelung der konservativ-klerikalen Majorität hat es keine neue Steuern gegeben, sondern mehrfache Ermäßigungen. Der siegreiche Krieg hat uns allerdings jene Einnahmen gebracht, aber trotzdem fangen Sie auf's Neue an, Steuern zu bewilligen. Und diese Art, uns den Minister Camphausen anzuhängen! Ich bin ihm entgegengetreten bei der Konsolidation und auch sonst und immer sind es Herren von der Rechten gewesen — es können sich nicht alle so an die Brust schlagen, wie es Herr v. Meyer allerdings kann — die für ihn eingetreten sind. Erst als man anfing, den Minister Camphausen zu tadeln und für Dinge verantwortlich zu machen, die er nicht verschuldet, da empörte sich unser Gerechtigkeitsgefühl. 1873 handelte es sich nicht bloß um die Kontingentirung der Klassensteuer, sondern auch um einen Erlaß von 9,000,000 Mk. und diesen Erlaß wollten die konservativen Herren nicht. Das ist die wahre Geschichte. Nun soll dies alles Schuld der liberalen Mehrheit sein! Bis 1873 hat es überhaupt keine liberale Mehrheit gegeben. Da sind die größten Bewilligungen erfolgt und die Konservativen sind bei allen Bewilligungen dabei gewesen, während nur wir, das Zentrum und zuweilen auch die Nationalliberalen uns ablehnend verhielten. Wenn das Zentrum jetzt so thut, als ob es besondere Sparsamkeit geübt habe, so kann es uns gegenüber das nicht behaupten; nur bei der Bewilligung für den kirchlichen Gerichtshof war es sparsamer als wir, aber darauf und auf den Posten von 1,000,000 Mk. für Schulinspektoren können Sie doch das Defizit nicht zurückführen. Die Mehrheit hat dann nicht aus Liberalen bestanden, sondern aus den Konservativen und den meisten Nationalliberalen. Wir haben die Budgetberathung eben angefangen und die Kommission hat zwei kleine Abstriche vorgeschlagen. Die Funktionszulage für den Vorsteher des Zentralbureaus wollten die Herren von der Rechten nicht ersparen und bei dem Hauskauf wollten sie auch nicht gleich Nein sagen, sondern sich die Sache noch einmal überlegen. Ich werde Ihre Sparsamkeitspolitik genau kontroliren und mich freuen, wenn Sie zu den Grundsätzen der Sparsamkeit zurückkehren, die wir längst befolgt haben. Wenn Sie aber Alles bewilligen, was die Minister verlangen, dann werden wir das Land aufmerksam machen, wie wenig Sie Ihre bei den Wahlen gegebenen Versprechungen halten und dann wird der Abgeordnete Röckerath Recht haben, daß Sie den Ast absägen, auf den Sie sich gesetzt haben. (Beifall links.)

Abg. Graf Wintzingerode: Es ist doch wohl am Platz, daß von einer Seite hier dem Bedauern Ausdruck gegeben wird, daß wir, ich weiß nicht, zu welcher Förderung unserer Geschäfte uns gegenseitig herüber und hinüber Vorwürfe über die Erhöhung der Steuer zu dieser oder jener Zeit machen, die nicht am Platze sind, so lange man nicht genau auf die Geschichte jeder einzelnen Steuererhöhung zurückgeht. Ich bin gewiß so wenig, wie einer, ein Freund der Grundsteuerreform von 1861, die wünschenswerthe Aenderungen wesentlich hindert. Aber man darf doch nicht vergessen, daß der Staat damals Geld brauchte, daß die Reform unseres Militärwesens eine Steuererhöhung verlangte und daß die Männer, die den Weg, so wie er eingeschlagen ist, suchten, aus ihrer festen Ueberzeugung heraus nach den damaligen Verhältnissen das Richtige zu thun geglaubt haben. Vorwürfe nach der rechten oder linken Seite sind da nicht am Platz und der Aufgabe einmüthigen Zusammenwirkens für die uns gestellten Zwecke wahrlich nicht förderlich. (Beifall rechts.)

Der Antrag Rickert auf Ueberweisung der Nachweisung über die Veranlagung der Klassen- und klassifizirten Einkommensteuer an die Budgetkommission wird angenommen und die Tit. 3 und 4 unverändert bewilligt; ebenso ohne Debatte Tit. 5 „Gewerbesteuer 18,764,000 M."; Tit. 6 „Eisenbahnabgabe 3,359,000 M." und die übrigen Titel der Einnahmen.

Bei den dauernden Ausgaben, Kap. 6 Tit. 1 „Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern in Berlin 272,460 M." bemerkt Abg. Leonhard, daß nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen die Beamten, welche einem Kollegium angehören, ihr Gehalt quartaliter praenumerando erhalten, während einzelne Beamte ihr Gehalt nur für einen Monat voraus bekommen. Die Hinterbliebenen der Beamten der ersteren Kategorie erhalten auch die Gnadenbewilligung auf ein Vierteljahr, die der zweiten nur für einen Monat. Eine solche für die einzelnen Beamten so nachtheiligen und in der Sache selbst nicht begründete Verschiedenheit bedürfe dringend einer Abhilfe.

Die Position wird bewilligt.

Bei Tit. 2 „Verwaltung des Grund- und Gebäudesteuerkatasters 1,666,080 M." nimmt das Wort Abg. Bachem: Ich kann den Friedensmahnungen des Grafen Wintzingerode nicht folgen, wo hingeschossen wird, da wird auch hergeschossen, und nicht wir, sondern diejenigen, die uns provozirt haben, tragen dafür die Schuld. Dem Abg. Richter muß ich zunächst erwidern, daß eine konservativ-klerikale Majorität weder bis jetzt bestanden hat, noch jetzt besteht. Von 1873 an muß der Abg. Richter die Verantwortung für die Finanzpolitik übernehmen, denn von da an hatten wir eine liberale Majorität und von ihr wurde der Finanzminister Camphausen gestützt. Von jenem Zeitpunkt an datirt aber auch die Periode des latenten Defizits, indem die großen Beträge aus der französischen Kriegskontribution zur Herstellung des Gleichgewichts zwischen Einnahmen und Ausgaben verwendet wurden. Der Abg. v. Minnigerode hat Recht, es ist immer Ihr Defizit, es hängt Ihnen hinten. Ich muß die Behauptung des Abg. Richter bestreiten, daß die Fortschrittspartei stets ebenso sparsam war, wie das Zentrum. Sie haben durch den Kulturkampf den Kultusetat um viele Millionen erhöht, Sie haben 20 neue Kulturkampfräthe im Kultusministerium geschaffen, Sie haben sich einen neuen altkatholischen Bischof geleistet und für die Kreisschulinspektoren große Summen bewilligt. Im Gegensatz zu der Fortschrittspartei hat das Zentrum auch gegen die speziellen berliner Bewilligungen gestimmt, gegen den Ausbau des Zeughauses mit 3 Millionen, gegen das berliner Polytechnikum mit 9 Millionen. Ich muß jetzt prosaischer werden. Die Regierung verlangt in diesem Titel 7 neue Kataster-Kontroleure zur besseren Wahrnehmung des Dienstes. Dieses Ziel wird aber nicht erreicht werden, wenn die Regierung nicht dem überhandnehmenden Uebelstand steuert, daß diese Beamten in einer Weise mit metrischen Privatarbeiten befaßt werden, unter welcher ihre amtliche Arbeit nothwendig leiden muß.

Abg. Richter: Also schießen wir noch ein wenig weiter! (Heiterkeit.) Der Vorredner war im zweiten Theil seiner Bemerkungen allerdings prosaisch, wie er ankündigte, aber im allgemeinen Theil hat er seiner Phantasie allzu sehr die Zügel schießen lassen. Meinen Sie wirklich, daß die jährliche Million für die Schulinspektoren und die 16,000 Thaler für den altkatholischen Bischof seit 1873 es rechtfertigen können, daß Sie 100 Millionen Mark neuer Steuern bewilligen. (Rufe im Zentrum: Das läppert sich zusammen!) So läppert sich aber das nicht zusammen. Zu Ihrer Beruhigung will ich Ihnen sagen, daß ich nicht für den altkatholischen Bischof und ebensowenig für das Zeughaus gestimmt habe. Sie dagegen haben den Minister Camphausen zur Münster-Entscheder Bahn gedrängt, die nicht einmal die Betriebs-Ausgaben deckt, obwohl ich Ihre bisherige Eisenbahnpolitik nicht tadeln will. Dieselbe scheint aber seit einiger Zeit in's Schwanken gerathen zu sein. Wenn Sie nicht mehr Steuern bewilligt hätten, als die paar Millionen Mehrbewilligung für den Kultusetat, dann lohnte es sich nicht, darüber zu sprechen. Unsere schlechte Finanzlage hat ihre Ursachen in dem allgemeinen Rückschlage nach der Milliarden- und Gründerzeit, verschärft durch die Eisenbahnpolitik. Der Vorredner hat also in der Hauptsache vollständig fehlgeschossen.

Abg. Bachem: Die liberale Aera hat den Kultusetat um mehr als 20 Millionen jährlich erhöht, sie ist auf dem Gebiete der Schule zu rasch und zu freigebig vorgegangen. Auch hier gilt ne quid nimis! Dadurch wurden auch die liberalen Kommunalvertretungen angereizt, auf diesem Gebiete mehr zu bewilligen als sie den Verhältnissen nach verantworten konnten. Hierzu kommen die speziellen berliner Bewilligungen, von denen ich vorhin sprach, mit 12 Millionen. Das ist nicht so minimal, wie der Abg. Richter darzulegen sucht, und das ist auch von liberalen Organen, von der Kölnischen, der National- und der Augsburger Allgemeinen Zeitung anerkannt.

Abg. Richter: Ich muß das Zentrum gegen den Vorredner in Schutz nehmen. (Heiterkeit.) Das Zentrum ist wirklich nicht so schlecht gegen die Elementarschulen gesinnt gewesen, als man danach glauben sollte. Es hat vielmehr mit uns gewetteifert, den Posten hierfür im Budget zu erhöhen. Der Abg. Röckerath hat mit uns im vorigen Jahre einen Antrag auf Erhöhung des Alterversorgungs- und Pensionsfonds für die Elementarschulen beantragt.

Abg. Röckerath: Für die Elementarschulen ist allerdings noch lange nicht genug geschehen. Die Hauptverwendungen sind auch nicht für diese, sondern für die gegen uns gegründeten höheren Lehranstalten, namentlich in Berlin, gemacht worden. Die Liberalen und die berliner Abgeordneten haben auch im Gegensatz zu uns für die berliner Stadtbahn gestimmt.

Abg. Langerhans verwahrt sich und die übrigen berliner Abgeordneten dagegen, daß sie für die Stadtbahn gestimmt hätten.

Die Position wird bewilligt.

Bei Titel 10: „Zu außerordentlichen Remunerationen und Unterstützungen für Beamte 60,000 M." erbittet Abg. v. Ohlen vom Mi-

nister eine Erklärung dahin geh[illegible]d, daß aus diesem Fonds Beamte, welche direkt mit der Steuerveranlagung beschäftigt sind, außerordentliche Zuwendungen nicht erhalten sollen. Vor 5 Jahren habe die Praxis geherrscht, solchen Beamten, die höhere Veranlagungen erzielten, aus diesem Fonds Zuwendungen zu machen. Es sei nicht gut den Gerechtigkeitssinn der Beamten in solche Versuchung zu bringen.

Finanzminister Bitter: Aus dieser Position sollen nur Kassen-Beamte und Exekutoren, nicht aber bei der Steuer-Veranlagung direkt beschäftigte Beamte etwas erhalten. Was vor 5 Jahren Praxis gewesen, vermag ich augenblicklich nicht zu übersehen.

Die Position wird bewilligt und darauf Tit. 20 „zu Bureaubedürfnissen" dem Antrage der Budgetkommission gemäß von 166,450 auf 137,000 M. herabgesetzt.

Tit. 22 verlangt „zu Amtskosten-Aversen für die Kreissteuer-Einnehmer und die Steuerempfänger 525,700 M., also gegen das Vorjahr 21,865 M. mehr zur Aufbesserung des Einkommens der genannten Beamtenkategorien in den Provinzen Schleswig-Holstein, Hannover und Nassau.

Die Position wird bewilligt.

Tit. 23: „Zu Diäten und Fuhrkosten, Versetzungs- und Vertretungskosten 96,400 M.", wird gegen den Wunsch des Finanzministers Bitter dem Antrage der Budgetkommission gemäß auf 80,500 M. herabgesetzt, und die übrigen Positionen des Etats der direkten Steuern unverändert genehmigt.

Es folgt der Etat der indirekten Steuern. Zu Kap. 5 Tit. 1 der Einnahme: Zölle 5,766,800 Mk. bemerkt Abg. Richter: Dem Herrn Finanzminister möchte ich nur Gelegenheit geben zu erklären, daß er in der Generaldiskussion zum Beweis für das angebliche Besserwerden der Zeiten in Folge der neuen Wirthschaftspolitik Zahlen angeführt, die nicht vergleichbar sind und daher nichts beweisen. Schon damals nahm diese Seite, wie der stenographische Bericht zeigt, diese Ziffern mit Heiterkeit auf. Es handelt sich um den Vergleich der Einfuhr beim berliner Hauptsteueramt im Oktober 1879 mit dem Oktober 1878. Ich stelle dem Herrn Minister anheim, sich selbst zu berichtigen.

Finanzminister Bitter: Ich habe behauptet, die genannten Zahlen sprächen nicht gerade dafür, daß wir im Rückgange begriffen sind. Das halte ich auch jetzt noch aufrecht, um so mehr, als es mit dem übereinstimmt, was mir von den Grenzzollämtern berichtet worden ist.

Abg. Richter: Dann muß ich also selbst die Berichtigung eintreten lassen. Wenn die Zahlen des Herrn Ministers richtig wären, dann würde daraus zu folgern sein, daß trotz des neuen Roheisenzolls sich die Einfuhr ausländischen Roheisens in Berlin auf das 150fache vermehrt hat. Der Herr Minister hat nur übersehen, daß, als die Artikel noch zollfrei waren, die für Berlin bestimmten nicht erst beim Hauptsteueramt in Berlin, sondern schon an der Zollgrenze in den freien Verkehr gesetzt wurden und deshalb nicht in der berliner Statistik, sondern in der Grenzstatistik erschienen. Jetzt kommen die inzwischen zollpflichtig gewordenen Artikel größtentheils unter Kontrole nach Berlin und werden erst hier verzollt. Ich habe mich speziell über die berliner Einfuhr erkundigt. Nach der vom Herrn Minister angegebenen Statistik mußte man annehmen, daß Berlin trotz Eierzoll in Folge der neuen Wirthschaftspolitik im Oktober 1879 siebenmal so viel ausländische Eier zu verzehren in der Lage war, als im Oktober 1878. Wie verhält es sich aber in Wirklichkeit? Eines der größten Eiergeschäfte in Berlin schreibt mir: Die Darstellung des Ministers sei grundfalsch und verrathe eine unbegreifliche Unkenntniß des wahren Sachverhalts. (Große Unruhe rechts. Rufe: Pfui!) Nun, halten Sie etwa Minister für unfehlbar? Im Oktober 1878 wurde in Berlin nur diejenige Eiereinfuhr notirt, welche zusammen mit zollpflichtigen Gegenständen, z. B. mit Butter, ankam. Das Haus meines Briefstellers allein hat aber darüber hinaus im Oktober 1878 viermal soviel Eier aus dem Auslande in Berlin eingeführt, als der Minister als gesammte Eiereinfuhr angiebt. (Hört! Hört!) Die Eiereinfuhr Berlins aus dem Auslande ist im Oktober 1878 zehnmal so hoch gewesen wie sie der Minister angiebt, und anderthalbmal so hoch wie sie der Minister für 1879 angiebt. Ich kann mir die Angaben des Ministers nur erklären aus dem Umstande, daß er das Ministerium erst vor Kurzem übernommen hat und insbesondere über die indirekte Steuerverwaltung sich noch etwas genauer orientiren muß. (Unruhe rechts.)

Finanzminister Bitter: Ich glaube, im allgemeinen Interesse zu handeln, wenn ich auf die persönlichen Bemerkungen des Herrn Vorredners nicht weiter eingehe. Ich bleibe dabei, daß ich die Lebhaftigkeit des Verkehrs, wie sie sich in den Zollämtern überall darstellt, habe kennzeichnen wollen und daß meine Bemerkungen, wie sich aus dem stenographischen Bericht ergiebt, darauf zurückzuführen sind. (Beifall rechts.)

Abg. Richter: Da auf der rechten Seite das Sachverhältniß noch immer nicht begriffen scheint, so konstatire ich, daß der Herr Minister meinen thatsächlichen Anführungen gegenüber über allgemeine Redewendungen nicht hinausgekommen ist.

Die Position wird genehmigt.

(Vizepräsident v. Heereman übernimmt den Vorsitz.)

Zu Titel 16 „Gerichtliche Kosten und Strafen 48,900,000 Mark" bringt Abg. Köhler die Mißstände zur Sprache, welche dadurch entstehen, daß nach der neuen Gerichtsorganisation die Zeugen ihre Gebühren nicht an der Gerichtsstelle empfangen können. Man müsse zu diesem Zwecke den Gerichtsschreibern einen Vorschuß geben.

Der Regierungskommissar Geh. Rath v. Pommer-Esche und der Finanzminister Bitter erklären, daß die bezüglichen Verhandlungen zur Beseitigung dieses Mißstandes mit dem Justizministerium schweben, und daß alles geschehen werde, den Bedürfnissen des Publikums zu genügen.

Die Position wird bewilligt, ebenso die übrigen Titel der Einnahme dieses Etats.

Bei den dauernden Ausgaben beantragt Abg. v. Minnigerode in Kap. 8 einen neuen Titel 10 einzusetzen: „Zur Bestreitung der Miethe für das Dienstgebäude der Provinzial-Steuerdirektion zu Berlin 30,000 Mk." Dieser Antrag wird als Konsequenz des neulichen Beschlusses, ein Haus für die genannte Behörde jetzt nicht zu kaufen, angenommen.

Zu Kap. 9, Zoll- und Steuererhebung und Kontrole bemerkt der Referent Kieschke, die Kommission habe nicht untersuchen können, ob die Regierung mit den Mehrforderungen den durch die neue Zollgesetzgebung gesteigerten Anforderungen an das Beamtenpersonal gerecht werden könne; sie müsse hierin der Einsicht der Regierung vertrauen.

Abg. Rickert: In der Kommission wurde bedauert, daß die Regierung nicht im ganzen Umfang angeben konnte, wie viel Beamte sie in Folge der Zollgesetze mehr braucht. Ich fragte die Regierungsvertreter, warum das Regulativ, welches im Reichstag in Aussicht gestellt war, namentlich für die Gegenstände, für welche der Zoll schon seit dem 1. Oktober in Kraft ist, insbesondere für Holz — für dieses sind auch noch Ausführungs-Bestimmungen bezüglich der Transitläger nöthig — heute noch nicht fertig ist, obwohl man im Reichstage sagte, daß es bis zum 1. Oktober fertig sein würde. Der Regierungsvertreter schien nicht kompetent zu sein, darüber Auskunft zu geben; aus seinen Erklärungen ging hervor, daß das Fehlen dieses Regulativs ein wesentliches Hinderniß für den Finanzminister sei. Da nun wesentliche wirthschaftliche Interessen davon abhängen, daß das nach dem Gesetze schon am 1. Oktober nöthig gewesene Regulativ endlich zur Ausführung kommt, frage ich den Minister, der ja eine Hauptstimme im Bundesrath hat, ob Aussicht vorhanden ist, ob das Regulativ wenigstens in den nächsten Wochen zu Stande kommt, und ob er dann wird angeben können, welchen Einfluß dasselbe auf die Vermehrung dieser Titel des preußischen Etats hat.

Finanzminister Bitter: Ich kann die Frage nicht mit voller Bestimmtheit beantworten. Die Verhandlungen über diesen Gegenstand sind in vollständigem Gange, aber die Materie ist sehr schwierig und kann nur nach sehr sorgfältiger Erörterung erledigt werden. Indessen ist keine Lücke vorhanden, sondern die Direktivbehörden sind beauftragt worden, die Frage innerhalb der gesetzlichen Grenzen so zu regeln, daß keine Schwierigkeiten entstehen. Wann das Regulativ fertig sein wird, kann ich nicht sagen, da es nicht von mir, sondern vom Bundesrath erlassen wird. Ich glaube, daß die Verhältnisse im Augenblicke auf keiner Seite so sind, daß sie zur Klagen oder Schäden Veranlassung geben. Wo Schwierigkeiten entstehen, werden sie auf die Weise beseitigt, die den Anforderungen des Verkehrs möglichst gerecht wird.

Abg. Richter: Der Minister möge mir verzeihen, er kommt wiederum aus allgemeinen Redewendungen nicht heraus. Er spricht von einem Bundesrathsregulativ, aber der Bundesrath hat ja gerade beschlossen, die Sache vorläufig den Einzelregierungen zu überlassen. In der That sind praktische Schwierigkeiten entstanden. In Schmallenigken kam russisches Holz an, aber man wußte die Flöße im Wasser nicht zu messen. Man telegraphirt nach Königsberg, die Direktion antwortet, man solle das Holz nur passiren lassen. Zur Zeit soll es noch in Ruhe liegen, unverzollt; man hat einen Holzzoll zum 1. Oktober 1879 eingeführt und vermag ihn nur technisch nicht durchzuführen. Zum Glück für die Regierung hat es jetzt gefroren (Heiterkeit) und damit die Holzeinfuhr thatsächlich aufgehört. Möge die Regierung, bis es wieder thaut, sich endlich darüber klar werden, wie sie es mit dem Holzzoll nun halten will.

Minister Bitter: Das Naturereigniß, das der Vorredner als ein Glück für die Regierung bezeichnete, war dieser gar nicht so unbekannt. (Heiterkeit.) Dies trug dazu bei, dafür zu sorgen, daß diese für den Verkehr so wichtige Frage nach keiner Seite übers Knie gebrochen werde. Wenn der Verkehr wieder angeht, werden die Bestimmungen, soweit ich es übersehen kann, sicher da sein. Uebrigens wissen die direktiven Behörden genau, was sie zu thun haben. Daß vielleicht bei außerordentlichem Andrang von Holzmassen es schwer ist, sie zollamtlich zu bewältigen, ist, wie bei jeder Einführung neuer Verhältnisse, natürlich. Die Zollbeamten thun ihre Schuldigkeit; ich glaube nicht, daß von irgend einer Seite besondere Beschwerden vorhanden sind, zu meiner Kenntniß ist eine solche noch nicht gelangt.

Abg. Rickert: Mir kann es ganz lieb sein, daß die Regierung Vollmacht erhalten hat, zunächst derartige Anordnungen, wie sie das Gesetz vom Bundesrath verlangt, zu treffen. Für den Handel und Verkehr entsteht aber daraus große Unsicherheit; demselben kann nicht damit gedient sein, wenn diese Vollmacht nur so lange dauert, bis der Bundesrath über diese, wie ich bereits im Reichstage vorausgesagt habe, schwierige Frage hinausgekommen sein wird. Ich frage daher, ob diese Vollmacht eine begrenzte ist, und wie lange sie noch dauert.

Minister Bitter: Die Bestimmungen werden, wie ich schon bemerkte, sobald die Ströme wieder eisfrei sind, da sein, aber gerade, wenn Erleichterungen geschaffen werden sollen, muß diese Frage durchaus gründlich erwogen werden.

Referent Kieschke: Die Kommission hat die im Titel 5a und b geforderten Dispositionsfonds von 300,000 resp. 1 Million Mark für die durch die neuen Steuern und die Erhebung der Gerichtskosten nothwendigen Beamtenvermehrungen genehmigt, obwohl sie so große Dispositionsfonds im Prinzipe nicht billigt, und eine Spezifikation, wenn auch nur bezüglich eines Theils, sehr wünschte. Die Regierung erklärte aber, daß nach den bisher geäußerten Wünschen der Provinzialbehörden weit mehr als diese Summen nöthig sein würden, daß sie aber mit denselben auskommen zu können glaubt, wenn sie dieselben nach dem jedesmaligen Bedürfniß verwenden kann. Die im Extraordinarium zur Beschaffung neuer Waffen für die Zollbeamten geforderte Summe von 100,000 M. wird nach der Erklärung der Regierung ausreichen, da die größere Quantität billiger zu beschaffen ist.

Der Etat der Verwaltung der indirekten Steuern wird genehmigt.

Schluß 3¾ Uhr. Nächste Sitzung Montag 11 Uhr. (Kleinere Etats und Etats des Ministeriums des Innern.)

Telegraphische Nachrichten.

Frankfurt a. M., 27. November. Der König und die Königin von Dänemark sind heute Abend 7 1/4 Uhr auf der Route über Kassel nach Berlin abgereist.

Stuttgart, 27. November. Der russische Reichskanzler Fürst Gortschakoff hat nach zweitägigem Aufenthalte heute Mittag die Rückreise nach Petersburg fortgesetzt.

Straßburg i. E., 27. Nov. Der Bezirkstag des Unter-Elsaß hat heute die Bezirkstags-Mitglieder Wehrung, Gunzert, Heusch, Siebert, Peterolff und Schauenburg zu Mitgliedern des Landes-Ausschusses gewählt.

Paris, 26. November. Ein der „Agence Havas" zugegangenes Telegramm bestätigt, daß Iquique von den chilenischen Truppen genommen worden sei.

Paris, 27. November. Beide Kammern sind heute wieder zusammengetreten.

Im Senat wurde der Generalbericht über das Budget von 1880 vorgelegt; die Sitzung verlief ohne irgendwelchen bemerkenswerthen Zwischenfall.

Die Sitzung der Kammer eröffnete der Präsident Gambetta mit einer Ansprache, in welcher er das Votum des Kongresses beglückwünschte, welches Paris den legalen Titel der Hauptstadt wiedergegeben habe. Paris werde auch das Band der nationalen Einheit bleiben. Die Regierung sei jetzt an dem einzigen Orte eingesetzt, von welchem aus man mit Autorität regiere. Dieses Votum des Kongresses bezeuge auch das Vertrauen, das in den verständigen Sinn und in den Patriotismus der pariser Bevölkerung gesetzt werde. Durch dies Alles würden die gesetzgeberischen Arbeiten erleichtert werden, er bitte deshalb die Versammlung, alle unnützen und leidenschaftlichen Zwischenfälle fern zu halten und alle Anstrengungen hinzurichten auf die Erreichung des höchsten Zieles: die Größe des Vaterlandes und die Befestigung der Republik. (Beifall.) Die Minister legten hierauf mehrere Gesetz-Entwürfe vor, insbesondere eine Kreditforderung von 80 Millionen für Vicinalwegebauten. Häntjens (Bonapartist) interpellirt die Regierung wegen Maßregeln, die geeignet seien, den unter der jetzigen Krisis leidenden Bevölkerungsklassen zu Hilfe zu kommen und verlangt die Ausführung von öffentlichen Arbeiten und die Unterdrückung der Getreidezölle. Der Handelsminister erwiderte daß die Regierung die rasche Berathung aller Vorlagen und Vorschläge dringend wünsche, durch welche die Lage der Bevölkerung gebessert werden könne. Die Kammer nahm die vorgeschlagene einfache Tagesordnung an. Die Interpellation des Bonapartisten Janvier de la Motte über die Ernennungen von Friedensrichtern gelangt am nächsten Sonnabend zur Berathung. Der Präsident der Kommission für die Tarife und Zölle theilte mit, daß er den Zeitpunkt für die Berathung der Tarifvorlage noch nicht bestimmen könne.

In der Nähe des Sitzungsgebäudes der Kammer hatte sich eine zahlreiche Menge von Neugierigen angesammelt, welche indeß die vollständigste Ruhe beobachtete.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen.
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 27. November. (Schluß-Course.) Fest.
Lond. Wechsel 20,347. Pariser do. 80,65. Wiener do. 173,05. R.-M.-St.-A. 143⅜. Rheinische do. 147⅞. Hess. Ludwigsb. 83⅜. R.-M.-Pr.-Antb. 132. Reichsanl. 97⅜. Reichsbank 153½. Darmstb. 143⅞. Meininger B. 83⅜. Oest.-ung. Bk. 727,50. Kreditaktien*) 238¼. Silberrente 60 1/16. Papierrente 59 7/16. Goldrente 69 13/16. Ung. Goldrente 82¼. 1860er Loose 125. 1864er Loose 305,00. Ung. Staatsl. 189,50. do. Ostb.-Obl. II. 73¾. Böhm. Westbahn 168⅜. Elisabethb. 152⅝. Nordwestb. 121⅜. Galizier 208. Franzosen*) 225¾. Lombarden*) 72¾. Italiener —,—. 1877er Russen 89⅝. II. Orientanl. 59⅝. Zentr.-Pacific 107½.
Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 238¼. Franzosen 225¼. II. Orientanleihe —,—. Galizier —. Ungarische Goldrente 82⅛. 1860er Loose —,—.

*) per medio resp. per ultimo.

Frankfurt a. M., 27. November. Effekten-Sozietät. Kreditaktien 239⅝. Franzosen 226¼. Lombarden —. 1860er Loose 125. Goldrente 69¾. Galizier 208½. Silberrente —. Oesterr. Papierrente —. Ungar. Goldrente 82⅛. II. Orientanleihe 59⅝. III. Orientanleihe —. 1877er Russen 89½. Sehr fest.

Wien, 27. November. (Schluß-Course.) In Ermangelung neuer Anregung trat größere Geschäftslosigkeit ein, welche eine mäßige Abschwächung zur Folge hatte.
Papierrente 68,35. Silberrente 70,70. Oesterr. Goldrente 80,65. Ungarische Goldrente 95,15. 1854er Loose 123,70. 1860r Loose 128,25. 1864r Loose 166,25. Kreditloose 173,20. Ungar. Prämienl. 106,00. Kreditaktien 275,30. Franzosen 262,25. Lombarden 83,25. Galizier 240,25. Kasch.-Oderb. 114,20. Pardubitzer 107,20. Nordwestbahn 141,00. Elisabethbahn 176,50. Nordbahn 2297,50. Oesterreich-ungar. Bank 841,00. Türk. Loose 18,20. Unionbank 93,30. Anglo-Austr. 134,50. Wiener Bankverein 134,00. Ungar. Kredit 256,25. Deutsche Plätze 57,00. Londoner Wechsel 116,75. Pariser do. 46,20. Amsterdamer do. 96,30. Napoleons 9,31. Dukaten 5,52. Silber 100,00. Marknoten 57,67½. Russische Banknoten 1,22⅜.

Wien, 27. November. Abendbörse. Kreditaktien 276,80. Franzosen 261,25, Galizier 240,25, Anglo-Austr. 134,80, Lombarden 83,75, Papierrente 68,32½, österr. Goldrente 80,65, ungar. Goldrente 95,20, Marknoten 57,65, Napoleons 9,30½, 1864er Loose —, —, österr.-ungar. Bank —. Kreditaktien steigend.

Florenz, 27. November. 5 pCt. Italienische Rente 91, 05. Gold 22, 77.

Petersburg, 27. November. Wechsel auf London 25¼. II. Orient-Anleihe 90½. III. Orientanleihe 90⅝.

Paris, 27. November. (Schluß-Course.) Steigend.
3 proz. amortisirb. Rente 83,45. 3 proz. Rente 81,80. Anleihe de 1872 115,27½. Italien. 5 proz. Rente 80,47½. Oesterr. Goldrente 70. Ung. Goldrente 84¼. Russen de 1877 92⅝. Franzosen 568,75. Lombardische Eisenbahn-Aktien 180,00. Lombardische Prioritäten 262,00. Türken de 1865 11,00.
Credit mobilier 560, Spanier exter. 15 5/16, do. inter. 14¼, Suezkanal-Aktien 715, Banque ottomane 522, Societe generale 520, Credit foncier 1052, Egypter 252. Banque de Paris 847, Banque d'escompte 785, Banque hypothecaire 625, III. Orientanleihe 59⅞, Türkenloose 39,—, Londoner Wechsel 25,25½.

Paris, 27. November. Boulevard-Verkehr. 3 proz. Rente —,—, Anleihe von 1872 115,15, Italiener —,—, Türken —,—, Türkenloose —,—, österreich. Goldrente —, ungar. Goldrente 84 1/16, III. Orientanleihe 59 15/16, Egypter 251,00. Spanier extér —. 1877er Russen 92 15/16. Banque ottomane —,—. Fest.

London, 27. November. Consols 98¾, Italien. 5proz. Rente 79½, Lombarden 7¼, 3proz. Lombarden alte 10¼, 3proz. do. neue 10⅛, 5proz. Russen de 1871 87¼, 5proz. Russen de 1872 86⅝, 5proz. Russen de 1873 90, 5proz. Türken de 1865 11, 5proz. fundirte Amerikaner 105½, Oesterr. Silberrente 61½, do. Papierrente 58, Ungar. Goldrente 83½, Oesterr. Goldrente 69⅜, Spanier 15½, Egypter 49⅞.
Platzdiskont 1⅞ pCt.
Aus der Bank flossen heute 450,000 Pfd. Sterl.
Wechselnotirungen: Deutsche Plätze 20,58. Wien 11,87. Paris 25,45. Petersburg 24⅝.

Newyork, 26. Novbr. (Schlußkurse.) Wechsel auf London in Gold 4 D. 79¾ C. Wechsel auf Paris 5,24½. 5pCt. fundirte Anleihe 102¼. 4pCt. fundirte Anleihe von 1877 103⅜. Erie-Bahn 36⅜. Central-Pacific 110½. Newyork Centralbahn —.

Produkten-Course.

Köln, 27. November. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 23,50 fremder loco 23,20, pr. November 23,10, pr. März 23,90, p. Mai 23,90. Roggen loco 18,50, pr. November 16,90, pr. März 17,50, per Mai 17,45. Hafer loco 14,50. Rüböl loco 30,30, pr. Mai 30,30.

Hamburg, 27. November. (Getreidemarkt.) Weizen loko und auf Termine ruhig. Roggen loko und auf Termine ruhig. Weizen per Novbr.-Dezember 228 Br., 227 Gd., per April-Mai 236 Br., 235 Gd. Roggen per November-Dezember 166 Br., 165 Gd., per April-Mai 167 Br., 166 Gd., Hafer still, Gerste fest. Rüböl geschäftslos, loko 58, per Mai 59½. Spiritus fest, per November 52½ Br., per Dezbr-Januar 51¾ Br., pr. Januar-Februar 51¼ Br., per April-Mai 49½ Br. Kaffee fest, Umsatz 2000 Sack. Petroleum fest, Standard white loko 8,80 Br., 8,70 Gd., per November 8,70 Gd., per Dezember 8,85 Gd. — Wetter: Schneeluft.

Bremen, 27. Nov. Petroleum steigend. (Schlußbericht.) Standard white loko 8,90, pr. Dezbr. 8,90, pr. Januar 9,00, per Febr.-März 9,15.

Pest, 27. November. (Produktenmarkt.) Weizen loko flau, auf Termine geschäftlos, per Frühjahr 14,65 Gd., 14,70 Br. Hafer per Frühjahr 7,75 Gd., 7,80 Br. Mais per Mai-Juni 8,75 Gd., 8,80 Br. — Wetter: Kalt.

London, 27. November. Havannazucker Nr. 12, 27. Matt.

London, 27. November. An der Küste angeboten 22 Weizenladungen.

Produkten-Börse.

Berlin, 27. Novbr. Weizen pr. 1000 Kilo loko 200—240 M. nach Qualität geford. Gelber Märk. — M. ab Bahn bezahlt. F. gelber Schlesischer — M. ab Bahn bez. Regulirungspreis f. d. Kündigung — M. Gekündigt 2,000 Centner Per November — — bezahlt, per Novembør-Dezember 229 bezahlt, per Dezember-Januar —,— bez., per Januar-Februar —, per April-Mai 236½—237½ bez., per Mai-Juni 239—237½ bez. — Roggen per 1000 Kilo loko 160—178 M. nach Qualität gef. Ruff. 116½ ab Kahn bez. Inländ. 170—173 M. a. B. bez. F. Russischer — M. ab Kahn bez. Regulirungspreis f. d. Künd. — M. bezahlt. Gekündigt — Ztr. Per Novbr. 162½—1½ bz., per November-Dezember 162½—1½ bez., Dezember-Januar 162—161½ bezvhlt, per Januar-Februar 164½—164 bezahlt, Febr.-März — bez., — Gerste per 1000 Kilo loko 140—200 nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo loko 133 bis 155 nach Qualität gefordert. Russischer 134 bis 137 bez., Pommerscher 140 bis 144 bez., Ost- und Westpreußischer 136 bis 142 bez., Schlesischer 142—145 bez., Galizischer —,— bez., Böhmischer 142—145 bezahlt, Mai-Juni 149½ bez. Gekündigt — Ctr. Regulirungspreis — bez. Per November Mk., per Novbr.-Dzb.r 136 M., per April-Mai 147 G. 147½ B. — Erbsen per 1000 Kilo Kochwaare 175—210 M., Futterwaare 165—174 M. — Mais per 1000 Kilo loko 150—155 bez. nach Qualität. Rumänischer — ab Bahn bezahlt, Amerikanischer 150 a. B. bez. — Weizenmehl per 100 Kilo brutto 00: 32,00 bis 29,50 M., 0: 29,50—28,50 M., 0|1: 28,50—26,50 M., — Roggenmehl inkl. Sack 0: 24,25—23,25 M., 0|1: 23,00—22,00 M., per November 23,00—00,00 bez., per November-Dezember 23,00—00,00 bez., per Dezember-Januar 23,00—00,00 bez., per Januar-Februar 23,25—23,30 bez, Februar-März — — bezahlt, per April-Mai 24,20 bis — bezahlt. Gekündigt 2000 Centner Regulirungspreis 23 bezahlt. — Oelsaat per 1000 Kilo Winter-Raps 210—235 Mark, Novbr.-Dez. —,— bez. — Winter-Rübsen 205—228 M., Nov.-Dez. — Rüböl per 100 Kilo loko ohne Faß 55,2 M., flüssig —,— M., mit Faß — M., per November 55,4 M., per November-Dezbr. 55,4 M., per Dezember Jan. 55,4 M., per Jan.-Febr. — bezahlt, per April-Mai 57,0—56,9 bezahlt, per Mai-Juni 57,1—00 bezahlt. — Leinöl loko 67,0 M. — Petroleum per 100 Kilo loko 26,3 M., per November 26,0—00,0 bez., per November-Dezember 26,0—00,0 bez., Dezbr.-Jan. 26,0—00,0 bez., Jan.-Febr. 26,8 B., 26.77 G., Febr.-März — April-Mai — Gekündigt — Zentner. Regulrungspreis — bz — Spiritus per 100 Liter loko ohne Faß 60,0—00,0 bezahlt per November 59,7—00,0 bez., per November-Dezember 59.4—59,3 bez., per Dezember-Januar 59,4—59,3 bez., per April-Mai 61,0—60,8 bez., per Mai-Juni 61,2—61,0 bez. Gekündigt —,— Liter. Regulirungspreis für die Kündigung — bez. (B. B.-Z.)

Stettin, 27. November. (An der Börse.) Wetter: Bewölkt. Temperatur + 0° R. Morgens — 7° R. Barometer 28,3. Wind: NW. — Weizen etwas matter, per 1000 Kilo loko gelber inländischer 208—222 M, weißer 208 bis 226 M., per November 126,5 M. bez., per November-Dezember 226 M. nom., per Frühjahr 234,5 M. bez., — Roggen ruhig, per 1000 Kilo loko inländischer 168—172 M., Russischer 158—162 M., per November 160 M. Br., 159,5 M. Gd., per November-Dezember 159,5 M. Br., per Frühjahr 164,5—163,5—164 M. bez., per Mai-Juni 164,5 M. Gd. — Gerste stille, per 1000 Kilo loko Brau- 150 bis 154 M., Futter- 125—130 M., Chevalier 168—172 M. — Hafer ohne Handel. — Erbsen ohne Handel. — Rübsen per 100 Kielo loko ohne Handel. — Rüböl matt, per 100 Kilo loko ohne Faß bei Kleinigkeiten 58 M. Br., kurze Lieferung hiesiges flüssiges 55,75 M. ohne Faß, auswärtiges mit Faß 56,5 M. bez., per November 57,5 M. Br., per November-Dezember 56,25 M. Br., per Dezember-Januar — M. Br., per April-Mai 57 M. Br. — Spiritus niedriger, per 10,000 Liter pCt. loko ohne Faß 58,3 M. bez., per November 57,5 M. bez. u. Br., per November-Dezember 57,5 M. bez. u. Br., per Dezember-Januar 57,5 M. bez. u. Br., per Frühjahr 60,2 M. bez., Br. u. Gd., per Mai-Juni 61 M. Br. — Angemeldet: Nichts. — Regulirungspreise: Weizen 226,5 M., Roggen 160 M., Rüböl 57,5 M., Spiritus 57,5 M. — Petroleum loko 13 M. verst. bez., 9,25 M. tr. bez. Regulirungspreis 9,25 M. tr., per Dezember-Januar 9,25 M. transf. bez. (Ostsee-Ztg.)

Meteorologische Beobachtungen zu Posen 1879.

Datum.	Stunde.	Barometer 260 über der Ostsee.	Thermometer.	Wind.	Wolkenform.
27. Nov.	Nachm. 2	27" 9'''21	— 4°6	NW 1-2	bedeckt St.
27. „	Abnds. 10	27" 8'''96	— 2°8	NW 1-2	bedeckt Ni. ₁)
28. „	Morgs. 6	27" 8'''68	— 1°0	NW 1-2	bedeckt Ni.

₁) Schneemenge 1,9 Pariser Kubikzoll auf den Quadratfuß.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 26. November Mittags 0,94 Meter.
„ „ 27. „ „ 0'74 „

Berlin, 27. November. Die Meldungen der auswärtigen Börsen hatten recht fest gelautet; besondere Beachtung fanden hier die höheren Notirungen der Kredit-Aktien in Wien. Kredit-Aktien wurden auch hier sofort tonangebend und zogen 4 Prozent an, litten aber dann unter Gewinnstnahmen. Der österreichischen Kreditanstalt sollen günstige Gebote auf Uebernahme ihres Bergwerksbesitzes gemacht sein und daraufhin ward der Kurs der Aktien heraufgesetzt. Auch Diskonto-Kommandit-Antheile hoben sich um 1 Prozent, Laurahütte und dortmunder Union gingen auf einen um 1½ Prozent erhöhten Kursstand lebhaft um. Besonders gute Beachtung fanden heute auch russische Anleihen und Noten, welche je ½ Prozent und 1 Mark anzogen. Auch oberschlesische Eisenbahn-Aktien, Nordwestbahn und Galizier fanden zu höheren Notirungen gute Beachtung. Rumänier lagen schwach, weil Nachrichten aus Bukarest fehlten. Für Darmstädter, deutsche Bank und berliner Handelsgesellschaft bestand beste Meinung. Fremde Renten, namentlich ungarische und österreichische wurden besser bezahlt, giugen aber nur wenig um. Looseffekten lagen fest. Im Allgemeinen stützt der günstige Verlauf der Liquidation die Kurse; die Prämien-Erklärung scheint günstig zu wirken und die feste Haltung der auswärtigen Börsen ermuthigt die hiesige Spekulation zu einem dreisten Vorgehen. Doch trat schon nach Ablauf der ersten halben Stunde eine kleine Abschwächung auf Gewinnstnahmen ein. Gegen baar gehandelte Aktien lagen fest, namentlich Bank- und Bergwerkspapiere so wie Maschinen-Fabriken. Anlagewerthe blieben ziemlich unverändert, deutsche Anleihen fest, ausländische Eisenbahn-Obligationen mäßig beachtet. Die zweite Stunde verlief fester bei geringen Schwankungen; besonders beliebt blieben Kreditaktien und Bergwerkspapiere. Nach der Prämienerklärung trat eine Abschwächung ein. — Per ultimo notirte man Franzosen 456—2, Lombarden 144,50—2, Kredit-Aktien 481—1,50—79, Diskonto-Kommandit-Antheile 178,50—7,90, dortmunder Stamm-Prioritäte 99,25 bez. u. Gd., Breslau-Warschauer Prioritäten 99,80 bez. u. Gd. Der Schluß war fest.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 27. November 1879.

Preußische Fonds- und Geld-Course.

Consol. Anleihe	4½	104,40 bz
do. neue 1876	4	97,10 bz
Staats-Anleihe	4	97,80 bz
Staats-Schuldsch.	3½	95,40 bz
Od.-Deichb.-Obl.	4½	
Berl. Stadt-Obl.	4½	103,00 bz G
do. do.	3½	92,10 G
Schldv. d. B. Kfm.	4½	
Pfandbriefe:		
Berliner	4½	102,80 bz G
do.	5	106,20 bz
Landsch. Central	4	97,00 bz B
Kur- u. Neumärk.	3½	91,50 bz
do. neue	3½	87,50 bz
do.	4	97,40 bz
do. neue	4½	
N. Brandbg. Cred.	4	
Ostpreußische	3½	86,80 G
do.	4	96,50 G
do.	4½	102,40 B
Pommersche	3½	87,00 G
do.	4	97,25 bz
do.	4½	102,75 bz
Posensche, neue	4	97,75 bz
Sächsische	4	97,60 bz
Schlesische	3½	
do. alte A. u. C.	4½	
do. neue A. u. C.	4	
Westpr. rittersch.	3½	87,20 bz
do.	4	96,80 bz
do.	4½	101,90 B
do. II. Serie	5	
do. neue	4	
do.	4½	
Rentenbriefe:		
Kur- u. Neumärk.	4	98,70 bz
Pommersche	4	98,40 bz
Posensche	4	98,20 bz
Preußische	4	98,20 bz
Rhein- u. Westfäl.	4	99,10 bz
Sächsische	4	98,60 bz
Schlesische	4	98,90 bz
Souvereignes		20,30 bz
20-Franksstücke		16,14 5 bz B
do. 500 Gr.		
Dollars		4,18.5 G
Imperials		
do. 500 Gr.		13,93 G
Fremde Banknoten		
do. einlösb. Leipz.		
Französ. Banknot.		80,70 G
Oesterr. Banknot.		173,20 bz
do. Silbergulden		174,30 G
Russ. Noten 100 Rbl.		212,10 bz

Deutsche Fonds.

P.-A. v. 55 a 100 Th.	3½	144,00 bz G
Hess. Prsch. a 40 Th.	—	269.90 bz
Bad. Pr.-A. v. 67.	4	131,70 bz
do. 35 fl. Obligat.	—	170,00 bz
Bair. Präm.-Anl.	4	132,50 bz
Braunschw. 20thl.-L	—	89,00 bz
Brem. Anl. v. 1874	4½	
Cöln.-Md.-Pr.Anl.	3½	132,00 bz G
Dess. St. Pr.-Anl.	3½	125,50 G
Goth. Pr.-Pfdbr.	5	113,40 bz
do. II. Abth.	5	111,30 bz G
Hb. Pr.-A. v. 1866	3	186,50 bz
Lübecker Pr.-Anl.	3½	180,50 bz B
Mecklenb. Eisenbsch.	3½	89,40 bz
Meininger Loose	—	25,40 B
do. Pr.-Pfdbr.	4	119,00 B
Oldenburger Loose	3	149,00 bz
D.-G.-C.-B.-Pf 110	5	103,00 bz B
do. do.	4½	98,00 bz
Dtsch. Hypoth. unk.	5	101,60 bz G
do. do.	4½	98,60 bz G
Mein. Hyp.-Pf.	5	101,25 bz G
Nrdd. Grdcr.-H.-A.	5	97,50 bz G
do. Hyp.-Pfdbr.	5	94.25 bz G
Pomm. H.-B. 1. 120	5	101,00 G
do. II. IV. 110	5	98,50 G
Pomm. III. rkz. 100	5	98,00 bz G
Pr. B.-C.-H.-Br. rz.	5	102,00 bz
do. do. 100	5	100,00 G
do. do. 115	4½	99,25 G
Pr. C.-B.-Pfdbr. kd.	4½	101,25 G
do. unk. rückz. 110	5	110,50 G
do. (1872 u. 74)	4½	
do. (1872 u. 73)	5	
do. (1874)	5	
Pr. Hyp.-A.-B. 120	4½	100,25 B
do. do. 110	5	102,75 bz G
Schles. Bod.-Cred.	5	103,00 G
do. do.	4½	100,00 G
Stettiner Nat.Hyp.	5	100,00 bz G
do. do.	4½	96,25 bz G
Kruppsche Obligat.	5	110,10 bz

Ausländische Fonds.

Amerik. rckz. 1881	6	101,80 bz G
do. do. 1885	6	
do. Bds. (fund.)	5	100,50 G
Norweger Anleihe	4½	
Newyork. Std.-Anl.	6	114,50 bz G
Oesterr. Goldrente	4	69,75 bz
do. Pap.-Rente	4½	59,00 bz G
do. Silber-Rente	4½	60,80 bz
do. 250 fl. 1854	4	115,75 bz
do. Cr. 100 fl. 1858	—	327,00 bz G
do. Lott.-A. v. 1860	5	124,90 bz B
do. do. v. 1864	—	305,00 bz B
Ungar. Goldrente	6	82,10 bz
do. St.-Eisb.Akt.	5	81,90 B
do. Loose	—	188,50 bz
do. Schatzsch. I.	6	
do. do. kleine	6	
do. do. II.	6	
Italienische Rente	5	78,40 bz G
do. Tab.-Oblg.	6	
Rumänier	8	104,90 bz B
Finnische Loose	—	46,40 bz
Russ. Centr.-Bod.	5	77,00 B
do Engl. A. 1822	5	85,50 bz
do. do. A. v. 1862	5	85,70 bz
Russ.-Engl. Anl.		
Russ. fund. A. 1870	5	87,90 bz
Russ. cons. A. 1871	5	87,50 B
do. do. 1872	5	87,50 B
do. do. 1873	5	
do. do. 1877	5	89,40 bz
do. Boden-Credit	5	78,00 bz
do. Pr.-A. v. 1864	5	151,70 bz
do. do. v. 1866	5	149,50 bz B
do. 5. A. Stiegl.	5	62,20 B
do. 6. do. do.	5	84,50 G
do. Pol. Sch.-Obl.	4	
do. do. kleine	4	
Poln. Pfdbr. III. E.	5	62,40 bz
do. do.	4	
do. Liquidat.	4	55,70 bz B
Türk. Anl. v. 1865	5	11,10 bz B
do. do. v. 1869	6	
do. Loose vollgez.	3	32,25 bz B

*) Wechsel-Course.

Amsterd. 100 fl. 8 T.	168,15 bz
do. 100 fl. 2 M.	167,50 bz
London 1 Lstr. 8 T.	20,33 bz
do. do. 3 M.	20,24 bz
Paris 100 Fr. 8 T.	80,60 bz
Blg.Bkpl. 100 F. 3 T.	
do. do. 100 F. 2 M.	
Wien öst. Währ. 8 T.	173,15 bz
Wien. öst. Währ. 2 M.	172,05 bz
Petersb. 100 R. 3 W.	211,25 bz
do. 100 R. 3 M.	209,25 bz
Warschau 100 R 8 T.	211,70 bz

*) Zinsfuß der Reichs-Bank für Wechsel 4½, für Lombard 5½ pCt., Bankdiskonto in Amsterdam 3, Bremen —, Brüssel 3½, Frankfurt a. M. 4, Hamburg —, Leipzig —, London 3, Paris 3, Petersburg 6, Wien 4 pCt.

Bank- u. Kredit-Aktien.

Badische Bank	4	107,80 G
Bk.f.Rheinl.u.Westf	4	39,00 bz G
Bk.f.Sprit-u.Pr.-H.	4	57,90 bz G
Berl. Handels-Ges.	4	81,00 bz G
do. Kassen-Verein.	4	163,50 bz G
Breslauer Disk.-Bk.	4	93,75 bz G
Centralbk. f. B.	4	7,25 bz G
Centralbk. f. J. u. H.		65,00 bz G
Coburger Credit-B.	4	89,40 bz
Cöln. Wechslerbank	4	99,60 bz
Danziger Privatb.	4	106,90 bz G
Darmstädter Bank	4	143,80 bz
do. Zettelbank	4	104,75 bz
Dessauer Creditb.	4	80,00 bz G
do. Landesbank	4	125,00 bz B
Deutsche Bank	4	135,50 bz G
do. Genossensch.	4	108,00 bz G
do. Hyp.-Bank.	4	88,00 G
do. Reichsbank.	4½	153,00 bz B
Disconto-Comm.	4	177,75 bz G
Geraer Bank	4	96,80 bz G
do. Handelsb.	4	49,40 G
Gothaer Privatbk.	4	100,00 bz G
do. Grundkredb.	4	89,25 bz
Hypothek (Hübner)	4	86,00 B
Königsb. Vereinsb.	4	94,10 bz
Leipziger Creditb.	4	145,60 bz
do. Discontob.	4	82,50 bz
Magdeb. Privatb.	4	114,50 bz
Mecklb. Bodencred.	fr.	57,50 bz G
do. Hypoth.-B.	4	71,00 G
Meining. Creditbk.	4	83,10 bz G
do. Hypothekenbk.	4	9 ,25 B
Niederlausitzer Bank	4	96,50 bz G
Norddeutsche Bank	4	154,25 G
Nordd. Grundkredit	4	40,75 bz G
Oesterr. Kredit	4	
Posener Spritaktien	4	46,50 B
Petersb. Intern.Bk.	4	96,00 bz
Posen.Landwirthsch	4	63,00 B
Posener Prov.-Bank	4	107,00 G
Preuß. Bank-Anth.	4½	
do. Bodenkredit	4	71,00 bz .G
do. Zentralbdn.	4	125,30 bz
do. Hyp.-Spielh.	4	111,50 bz G
Produkt.-Handelsbk	4	79,75 bz G
Sächsische Bank	4	114,70 bz B
Schaaffhaus. Bankv.	4	97,90 bz B
Schles. Bankverein	4	106,75 bz G
Südd. Bodenkredit	4	125,50 bz G

Industrie-Aktien.

Brauerei Patzenhof.	4	121,00 G
Dannenb. Kattun.	4	21,00 G
Deutsche Baugeſ.	4	57,75 G
Dtsch. Eisenb.-Bau.	4	7,50 bz G
Dtsch. Stahl- u. Eis.	4	
Donnersmarckhütte	4	55,00 bz G
Dortmunder Union	4	16,00 bz
Egell. Masch.-Akt.	4	36,90 bz G
Erdmannsd. Spinn.	4	22,00 bz B
Flora f. Charlottenb.	4	
Frist u. Roßm. Näh.	4	55,90 bz G
Gelsenkirch.-Bergw.	4	125,25 G
Georg-Marienhütte	4	95,00 G
Hibernia u. Shamr.	4	84,75 bz G
Immobilien (Berl.)	4	79,50 bz G
Kramsta, Leinen-F.	4	87,50 G
Lauchhammer	4	35,75 G
Laurahütte	4	98,60 bz
Luise Tiefb.-Bergw.	4	67,00 bz B
Magdeburg. Bergw.	4	135,00 bz B
Marienhüt. Bergw.	4	72,25 bz G
Menden u. Schw.B.	4	85,25 bz G
Oberschl. Eis.-Bed.	4	59,00 bz G
Ostend	4	
Phönix B.-A. Lit. A	4	81,50 bz G
Phönix B.-A. Lit. B.	4	52,40 bz
Redenhütte	4	178,00 G
Rhein.-Nass. Bergw.	4	92,25 bz G
Rhein.-Westf. Ind.	4	
Stobwasser Lampen	4	21,00 bz B
Unter den Linden	4	8,90 bz G
Wöhlert Maschinen	4	16,50 bz G

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastricht	4	21,90 bz
Altona-Kiel	4	132,40 bz
Bergisch-Märkische	4	90,90 bz
Berlin-Anhalt	4	97,90 bzG
Berlin-Dresden	4	11,30 bz
Berlin-Görlitz	4	15,90 bzG
Berlin-Hamburg	4	180,75 bz
Brl.-Potsd.-Magd.	4	93,40 bzG
Berlin-Stettin	4	109,30 bzG
Bresl.-Schw.-Frbg.	4	89,30 bz
Cöln-Minden	4	143,70 bz
do. Lit. B.		
Halle-Sorau-Guben	4	13,50 bzG
Hann.-Altenbeken	4	12,60 bzG
do. II. Serie		
Märkisch-Posener	4	22,10 bz
Magd.-Halberstadt	4	142,25 bzG
Magdeburg-Leipzig	4	
do. do. Lit. B.	4	
Münster-Hamm	4	98,00 B
Niederschl.-Märk.	4	97,60 bzG
Nordhausen-Erfurt	4	22,50 bzG
Oberschl. Lit. A u. C.	3½	166,50 bzG
do. Lit. B.	3½	142,40 bz
do. Lit. C.	5	
Ostpreuß. Südbahn	4	51,60 bzG
Rechte Oderuferb.	4	131,90 bz
Rheinische	4	147,50 bz
do. Lit. B. v. St gar.	4	96,25 G
Rhein-Nahebahn	4	10,30 bz
Stargard-Posen	4½	102,10 bz
Thüringische	4	140,10 bzG
do. Lit. B. v. St. gar.	4	95,60 bzG
do. Lit. C. v. St gar.	4½	104,60 bzB
Weimar-Geraer	4½	46,40 bz
Albrechtsbahn	5	20,00 bzG
Amsterd.-Rotterd.	4	121,25 bz
Aussig-Teplitz	4	175,00 bzG
Böhm. Westbahn	5	84,25 G
Brest-Grajewo	4	47,75 bz
Brest-Kiew	4	
Dux-Bodenbach	4	40,25 bz
Elisabeth-Westbahn	5	76,70 bzG
Kais. Franz Joseph	5	65,80 bzG
Gal. (Karl Ludwig.)	5	104,50 bz
Gotthard-Bahn	6	47,00 B
Kaschau-Oderberg	5	49,00 bzG
Ludwigsb.-Bexbach	4	193,00 G
Lüttich-Limburg	4	15,20 bz
Mainz-Ludwigsh.	4	83,40 bz
Oberhess. v. St. gar.	—	
Oestr.-frz. Staatsb.	5	
do. Nordw.-B.	5	245,20 bzG
do. Litt. B.	5	133,00 bzG
Reichenb.-Pardubitz	4½	46,30 bzG
Kronpr. Rud.-Bahn	5	61,60 bzG
Rjask-Wyas	5	
Rumänier	4	43,50 bz
Russ. Staatsbahn	5	134,50 G
Schweizer Unionb.	4	13,60 bz
Schweizer Westbahn	4	15,00 G
Südösterr. (Lomb.)	4	
Turnau-Prag	4	51,20 bzG
Vorarlberger	5	63,00 bzG
Warschau-Wien	4	250,60 bz
Rechte Oderuf. Bahn	5	131,50 bzG
Rumänische	8	102,00 bzB
Saalbahn	3	
Saal-Unstrutbahn	5	
Tilsit-Insterburg	5	83,50 G
Weimar-Geraer	5	

Eisenbahn-Stammprioritäten.

Altenburg-Zeitz	5	
Berlin-Dresden	5	28,90 bzB
Berlin-Görlitzer	5	60,75 bzG
Breslau-Warschau	4	
Halle-Sorau-Gub.	5	63,50 bzG
Hannover-Altenbek.	5	29,25 G
do. II. Serie	5	
Leipz.-Gaschw.-Ms.	5	
Märkisch-Posen	5	97,40 bzG
Magd.-Halberst. B.	3½	86,00 bzG
do. do. C.	5	116,40 bzG
Marienb.-Mlawka	5	83,25 bzG
Nordhausen-Erfurt	5	85,25 bzB
Oberlausitzer	5	
Ostpreuß. Südbahn	5	94,75 bzG
Posen-Creuzburg	5	62.00 bzG

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Aach.-Mastricht	4½	98,50 B
do. do. II.	5	
do. do. III.	5	101,50 B
Berg.-Märkische I.	4½	
do. II.	4½	101,50 G
do. III. v. St. g.	3½	88,25 G
do. do. Litt. B.	3½	88,25 G
do. do. Litt. C.	3½	84,20 B
do. IV.	4½	
do. V.	4½	101,25 G
do. VI.	4½	102,50 G
do. VII.	4½	101,20 bzG
Aachen-Düsseldf. I.	4	95,50 G
do. do. II.	4	95,50 G
do. do. III.	4½	100,50 G
do. Düss.-Elb.-Pr.	4	95,75 G
do. do. II.	4½	
do. Dortm.-Soest	4	95,50 G
do. do. II.	4½	100,75 B
do. Nordb. Fr. W.	5	101,75 G
do. Ruhr-Cr.-K.	4½	
do. do. II.	4	25,50 G
do. do. III.	4½	100,50 G
Berlin-Anhalt	4	
do.	4½	101,50 B
do. Litt. B.	4½	101,50 B
Berlin-Görlitz	5	101,00 G
do. do. Litt. B.	4½	98,00 B
Berlin-Hamburg	4	98,00 B
do. do. II.	4	98,00 B
do. do. III.	5	102,20 B
Brl.-Ptsd.-M.A.B.	4	
do. do. C.	4	97,50 B
do. do. D.	4½	101,50 bzB
do. do. F.	4½	101,40 B
Berlin-Stettin I.	4½	
do. do. II.	4	96,70 bzG
do. do. III.	4	96,70 bzG
do. IV. v. St. g.	4½	102,90 B
do. VI. do.	4	96,70 bzG
do. VII.	4½	101,25 G
Bresl.-Schw.-Freib.	4½	100,80 G
do. do. Litt. G.	4½	
do. do. Litt. H.	4½	100,00 bzG
do. do. Litt. I.	4½	100,00 bzG
do. do. 1876	5	103,60 G
Cöln-Minden IV.	4	96,50 bzG
do. do. V.	4	96,50 B
do. do. VI.	4½	102,00 G
Halle-Sorau-Guben	4½	103,25 B
do. do. C.	4½	
Hannov.-Altenbk. I.	4½	100,10 bzG
do. do. II.	4½	100,00 G
do. do. III.	4½	100,60 bzG
Märkisch-Posener	4½	101,00 bz
Magd.-Halberstadt	4½	
do. do. de 1865	4½	101,25 G
do. do. de 1873	4½	101,00 G
do. Leipz. A.	4½	102,50 bz
do. do. B.	4	95,60 bz
do. Wittenberge	4½	
do. do.	3	83,75 B
Niederschl.-Märk. I.	4	
do. II. a 62½ thlr.	4	
do. Obl. I. u. II.	4	98,00 B
do. do. III conv.	4	97,00 bz
Oberschlesische A.	4	
Oberschlesische B.	3½	
do. C.	4	
do. D.	4	
do. E.	3½	89,25 G
do. F.	4½	102,50 G
do. G.	4½	
do. H.	4½	102,75 bzG
do. v. 1869	4½	102,50 bz
do. v. 1873	4	96,50 B
Oberschles. v. 1874	4½	
do. Brieg-Neisse	4½	101,00 B
do. Cos.-Oderb.	4	
do. do.	5	101,75 B
do. Nied.-Zwgb.	3½	
do. Starg.-Pos.	4	
do. do. II.	4½	
do. do. III.	4½	
Ostpreuß. Südbahn	4½	
do. Litt. B.	4½	
do. Litt. C.	4½	
Rechte-Oder-Ufer	4½	101,90 G
Rheinische	4	
do. v. St. gar.	3½	
do. v. 1858, 60	4½	101,60 G
do. v. 1862, 64	4½	101,60 G
do. v. 1865	4½	101,60 G
do. 1869, 71, 73	4½	101,70 G
do. v. 1874,	5	102,50 B
Rh.-Nahe v. St. g.	4½	103,25 G
do. II. do.	4½	103,25 G
Schlesw.-Holstein	4½	101,00 G
Thüringer I.	4	
do. II.	4½	
do. III.	4	
do. IV.	4½	102,00 B
do. V.	4½	

Ausländische Prioritäten.

Elisabeth-Westbahn	5	81,75 bz
Gal. Karl-Ludwig I.	5	88,70 G
do. do. II.	5	87,40 G
do. do. III.	5	87,00 bzG
do. do. IV.	5	86,20 bzG
Lemberg-Czernow. I.	5	72,75 bzG
do. II.	5	76,10 bzG
do. III.	5	70,50 B
do. IV.	5	67,50 bzG
Mähr.-Schl. C.-B.	fr.	26,75 bzG
Mainz-Ludwigsb.	5½	
do. do.	3	
Oesterr.-Frz.-Stsb.	3	363,00 bzB
do. Ergänzsb.	3	345,00 G
Oesterr.-Frz.-Stsb.	5	102,60 G
do. II. Em.	5	102,60 G
Oesterr. Nordwest.	5	83,30 bzB
Oest. Nrdwstb. Lit. B	5	79,75 bzG
do. Geld-Priorit.	5	
Kronpr. Rud.-Bahn	5	76,00 bzG
do. do. 1869	5	75,00 bzG
do. do. 1872	5	74,50 bzG
Rab-Graz Pr.-A.	4	86,80 bzG
Reichenb.-Pardubitz	5	73,75 G
Südösterr. (Lomb.)	3	257,90 bzG
do. do. neue	3	257,90 bzG
do. do. 1875	6	
do. do. 1876	6	
do. do. 1877	6	
do. do. 1878	6	
do. do. Oblig.	5	87,90 bzG
Brest-Grajewo	5	84,10 bzG
Charkow-Asow g.	5	92,00 bzG
do. in Lstr. a 20 40	5	
Chark.-Krementsch.	5	88,75 G
Jelez-Orel, gar.	5	90,50 G
Koslow-Woron. gar	5	94,50 bzG
Koslow-Woron, Ob.	5	77,75 bzB
Kursk-Chark. gar.	5	91,20 bz
K.-Chark-As. (Obl.)	5	81,70 bz
Kursk-Kiew, gar.	5	96,30 bz
Losowo-Sewast.	5	78,50 bz
Mosko-Rjäsan	5	102,25 bzG
Mosk.-Smolensk	5	92,25 bzG
Schuja-Iwanow.	5	91,25 G
Warschau-Teresp.	5	94,00 bzB
do. kleine	5	94,25 bz
Warschau-Wien II.	5	100,40 bz
do. III.	5	99,00 G
do. IV.	5	96,50 G
Zarskoe-Selo	5	72,90 bzG

Druck und Verlag von W. Decker u. Co. (E. Röstel) in Posen.